Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die Bezugs-Woche, fällig bei Abholung, 60 Gold-pfennig frei Haus. Abholerkarte 58 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Gold-Pfennige, bei 6 Seiten 15 Gold-Pfennige, bei 8 Seiten 20 Gold-Pfennige. Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperrung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 8.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetr. Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg

mit den wöchentlichen Gratisbeilagen: Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanglos erscheinenden Chronik von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtspaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfennige; für Stellenanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennige Aufschlag. — Bei Unrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkpreis des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Vorgeschrieben ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 30 070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr. 7 — Mittwoch den 9. Januar 1924 — 50. Jahrg.

Neuwahlen und Verfassungsreform.

Verfassungstreue und Überzeugtheit von dem Grundsatz, daß innerpolitische Freiheit die beste Grundlage für nationale Einheit ist — darf nicht zu Buchstabenglauben verführen. Die Weimarer Verfassung ist revisionsbedürftig und entwicklungsfähig. Wer das verneint, wirkt der politischen Idee der Weimarer Verfassung stärker entgegen als irgend ein politischer Phantast aus den Lagern des Radikalismus. Wir eröffnen die Diskussion mit einem Aufsatz, der von einem Vergleich mit dem französischen und englischen Wahlsystem ausgeht und die Gesahrenpunkte unseres Wahlsystems bestimmt.

Die Schriftltg.

Ungefähr gleichzeitig werden in diesem Frühjahr in Deutschland und Frankreich Neuwahlen stattfinden; die Amtsdauer der französischen Kammer läuft spätestens im April ab, so daß spätestens im Mai neugewählt werden muß; der deutsche Reichstag würde sein natürliches Ende am 6. Juni finden, es ist aber wohl anzunehmen, daß die Neuwahlen schon im April stattfinden werden.

Auch eine Reihe von Landtagen und anderen Vertretungen wird in diesem Jahre neu gewählt; in Bayern hat man schon eine recht weitgehende Reform beschlossen, die die Landtagsmandate der Zahl nach herabsetzt und auch auf andere Bestimmungen der Landesverfassung (Staatspräsident, Volksentscheid) sich erstreckt.

Nicht nur in Bayern aber hört man Reformwünsche aller Art; auch für den Reichstag wurden die verschiedensten Anregungen laut, die allerdings für die Aprilwahlen noch nicht wirksam werden dürften. Der Reichstag von 1920 hat mit seiner Opposition auf beiden Flügeln und mit seiner immer wieder zur Debatte stehenden Regierungsunfähigkeit oder mindestens »schwierigkeit so viele Angriffspunkte geboten, daß nicht nur die unentwegten Parlamentsgegner, die das Kind mit dem Bade verschütten, sondern auch besonnene Schätzer der im Parlamentarismus ruhenden Möglichkeiten darüber nachdachten, wie man gewisse Schäden beseitigen könne.

Im Vordergrund steht die Debatte über das herrschende **System der Listenwahl und der großen Wahlkreise, und man hat vielfach nicht mit Unrecht gerade der Listenwahl mit ihrer Ausschaltung des Persönlichen als eine der Hauptursachn der Parteiversteinerung und Entfernung des einzelnen Volksvertreters von der unmittelbaren Berührung mit der Wählerschaft bezeichnet.** Deutschland hat mathematisch das gerechteste Wahlsystem der Welt; es gehen auch die kleinsten Werte herbei nicht verloren, und eine persönliche Wahlkreis, wie sie das englische Wahlsystem mit seinen relativen Mehrheiten enthält, ist bei uns ausgeschlossen. Vielleicht hat aber gerade diese ziffernmäßige Gerechtigkeit dazu geführt, daß sich die **Parteien als eigene Parlamente** auftaten und daß es so schwer ist, bei unserer Parteizersplitterung feste und regierungsfähige Mehrheiten zu finden. In **Frankreich**, wo man gleichfalls das Listen- und Verhältnissystem hat, ist diese Gefahr nicht so groß, weil die Parteigruppierung fortwährend schwankt und innerhalb einer Kammersession die Abgeordneten ihre Zugehörigkeit recht stark wechseln können; dennoch ist dort die Parteizersplitterung fast noch ärger als bei uns, und man belämpft das Listenwahlsystem. Die objektive Ungerechtigkeit des **englischen Wahlsystems** hat wenigstens das eine gute, daß sie die Parteizersplitterung verhütet und daß die verhältnismäßig geringen Verschiebungen, die sich bei einem fest organisierten Parteisystem zu ergeben pflegen, sehr erheblich in einer parlamentarischen Machtverschiebung auszudrücken pflegen, womit die Gefahr und das Bewußtsein der oppositionellen Verantwortung sehr gesteigert wird. Es fällt natürlich niemandem ein, das überalterte englische Wahlsystem als Muster zu empfehlen; man kann dieses im Verein mit der französischen Kritik an der Listenwahl nur zur Beleuchtung der Tatsache verwenden, daß unsere ziffernmäßige Gerechtigkeit politisch und praktisch ihre Nachteile hat.

Da die Diskussion erst eröffnet ist, kann man vorläufig bei Anregungen bleiben; und nicht nur im Wahlsystem, sondern auch hinsichtlich der **Handhabung der Geschäftsordnung** beginnt eine Kritik wach zu werden, die den Sinn und die praktische Auswirkung über den Buchstaben stellt. Der Anlaß hierzu war die zweimalige, zweimal vertagte Abstimmung über die beiden Ermächtigungsgesetze; die Verfassung und die Geschäftsordnung verlangen hierfür die Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl, und diese Anwesenheit war in beiden Fällen gegeben, konnte aber durch den Exodus der Opposition in Frage gestellt werden, weil es üblich war, nur diejenigen Abgeordneten als anwesend zu betrachten, die bei der Abstimmung einen Stimmzettel abgaben. Der Präsident Loebe hat nun selbst in die Pressedebatte eingegriffen und die Möglichkeit erörtert, die tatsächliche Anwesenheit auf einem anderen Wege festzustellen; und dies muß möglich sein. Die Verfassung, die eine Vergewaltigung größerer Minderheiten durch Zufallsabstimmungen verhüten will, will damit nicht den Gegnern des Parlamentarismus ein Mittel an die Hand geben, bei heillen Stimmenverhältnissen den Reichstag lahmzulegen.

Weitere offene Unterstützung der Separatisten.

Ludwigshafen, 9. Jan. (WTB.) Die pfälzischen Blätter, die die inzwischen zurückgenommene Bekanntmachung des französischen Bezirksbelegierten von Zweibrücken, Oberstleutnants Desport, vom 4. Januar veröffentlicht hatten, in der er die separatistische Regierung der Pfalz als ungesetzlich ablehnt und nur die deutschen Behörden als zu Recht bestehend anerkennt, sind gestern von der Besatzungsbehörde gezwungen worden, die folgende Berichtigung in Fettdruck an der Spitze des Blattes zu bringen. Nachdem die hohe interalliierte Rheinlandkommission die Verordnung der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet worden war, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Zweibrücker Delegierten vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden.

Die „Pfalzregierung", eine Verletzung des Versailler Diktats.

London, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Offiziösen Informationen zufolge hat die sogenannte Pfalzregierung bei der Rheinlandkommission formelle Anerkennung beantragt. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Kommission scheinen bereits die Anerkennung befürwortet zu haben. Die englische Regierung lehnt diesen Schritt als Verletzung des Versailler Instruments ab.

Donnerstag Uebergabe der Antwort an Deutschland?

Geschäftsträger v. Hoesch nach Berlin gerufen. — Die „Studien" des Sachverständigenausschusses.

Berlin, 9. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In unterrichteten Berliner Kreisen nimmt man an, daß die Überreichung der belgischen und französischen Antwort morgen im Laufe des Tages erfolgen wird. Auch der deutsche Geschäftsträger in Paris von Hoesch wird morgen zur Berichterstattung in Berlin erwartet.

Regierungshoffnungen der englischen Arbeiterpartei.

London, 9. Jan. (WTB.) Bei einer Kundgebung der Arbeiterpartei hielt Macdonald eine Ansprache, in der er die Mißverständnisse und die gereizte Stimmung zwischen England und Frankreich tief bedauerte. Ein Einverständnis mit Frankreich, Italien, Rußland, Deutschland, der Tschecho-Slowakei und allen anderen Nationen statt eines Wettbewerbes der militärischen Kräfte würde einen großen Erfolg bedeuten. Die Arbeiterpartei wolle die Regierung übernehmen, um zu versuchen, die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die jetzt England, Europa und die ganze Welt bedrängen, zu beseitigen. Die erste große Pflicht der Partei sei es, alle Vorbedingungen für den Frieden herzustellen. In allen europäischen Hauptstädten seien Leute an der Arbeit, die glimmenden Funken des letzten Krieges nicht erlöschen zu lassen. Die Arbeiterregierung sei berufen, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu stärken. Sie werde mit allen Mitteln an der Vollendung des Baues des Völkerbundes mitarbeiten, damit er das Hauptinstrument zur Sicherung internationaler Gerechtigkeit und zur Schaffung der Bedingungen für internationalen Frieden sei.

Ein weiblicher Minister in England?

London, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Nach „Daily Telegraph" wird Miß Bondfield voraussichtlich Mitglied des Kabinetts Macdonald.

Der Kampf in Mexiko.

Newyork, 9. Jan. Die mexikanischen Rebellen besetzten die Petroleumfelder bei Tierra Blanca und beschlagnahmten große Mengen Material. Es heißt, die amerikanische Regierung gehe mit dem Gedanken um, zum Schutze der amerikanischen Interessen Kriegsschiffe nach Mexiko zu entsenden.

Die „Studien" des Sachverständigenausschusses.

Paris, 9. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der „Petit Parisien" schreibt: Es scheine aus den verschiedenen Unterhaltungen der amerikanischen Sachverständigen Young und General Dawes mit den Mitgliedern der Reparationskommission hervorzugehen, daß die Arbeiten des ersten Sachverständigen-Ausschusses binnen einem Monat beendet werden könnten. Sie seien deswegen einverstanden, daß dieser Ausschuß, wenn es notwendig sei, etwa eine Woche lang in Berlin weile. Die amerikanischen Sachverständigen erklären außerdem, der Ausschuß, an dem sie teilnehmen, sei ein geschäftlicher Ausschuß, das scheine zu besagen, sie denken nicht daran, die Ziffern des deutschen Haushaltes einfach anzuzweifeln, sondern sie wollten die Gesamtheit des „deutschen Reichtums" ins Auge fassen und danach die Möglichkeiten für den deutschen Haushalt ableiten.

Die Zeremonie der ersten Unterhaussitzung.

London, 9. Jan. (WTB.) Im Unterhause wurde gestern der bisherige Sprecher Whitley einstimmig wiedergewählt. Am 15. Januar wird der König das Parlament mit einer Thronrede eröffnen.

Coolidge verbietet Waffenlieferungen an de la Huerta.

Washington, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Präsident Coolidge hat gestern abend eine Bekanntmachung unterzeichnet, wonach private Waffen- und Munitionslieferungen an die mexikanischen Rebellen streng untersagt sind und eventuell der Beschlagnahme anheimfallen. Zuwiderhandelnde werden hierfür laut der Verordnung zwei Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe in der Höhe von 10 000 Dollar.

Dieser Aufsehen erregende Erlaß der amerikanischen Regierung bedeutet eine glatte Absage an General de la Huerta, der seinen Vertreter in New Orleans mit dem Einkauf von Waffen beauftragt hatte. Reuter meldet hierzu aus New Orleans: Nach einer Konferenz mit den amerikanischen Beamten hat der Einkaufsagent der aufständischen Mexikaner mitgeteilt, daß die Pläne betreffend den Einkauf von Munition in den Vereinigten Staaten aufgegeben worden seien.

Eisnot im Norden.

Stockholm, 9. Jan. (WTB.) Infolge des strengen Winters droht die Absperrung der nördlich Stockholm gelegenen Häfen an der Ostsüste durch Packeis. In den südschwedischen Häfen ist die Lage vorläufig noch etwas günstiger, obwohl die Eisbinderuße bereits sehr beträchtlich sind. Ähnlich liegt es in den dänischen Häfen.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Ein Verstoß gegen den — Versailler Vertrag.

Das offiziöse Blatt Baldwins, der „Daily Telegraph", hat eine Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle gemeldet; diese soll am 10. Januar schon beginnen, und den Bedenken der deutschen Regierung soll dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kontrolle von der Kommission in Zivilkleidung versehen werde. Nun hat die deutsche Regierung mehrmals versichert, daß ihr die Mittel fehlen, um die kontrollierenden Organe zu schützen; die zahlreichen Zwischenfälle, die sich schon früher ergeben haben, würden wohl kaum deshalb vermieden, weil wir nun Herrn Rollet und seinen Stab im Cutaway herumdrehen dürfen. Ohne Zweifel ist diese Verfügung der Botschafterkonferenz als Erleichterung der Sache gedacht, und so faßt es auch das genannte englische Blatt auf; es liegt ja in der Tat ein gewisser Unterschied darin, ob die Militärmission wie in einem eroberten Land in Uniform herumspaziert, oder ob sie sich in diplomatisches Zivil kleidet. Aber

diese Prestigefrage trifft den Kern der Frage nicht;

der ist nämlich in der **rechtlichen Begründung der Kontrolle selbst zu suchen.** Es mag außerpolitische Gründe anderer Art geben, die uns im Augenblick vor Konflikten in Nebenbingen warnen; aber es ist nötig, zur Frage der **Militärkontrolle** ein klares Wort zu sprechen. Sie ist nämlich im Versailler Vertrag ziemlich genau festgelegt; und sie betrifft **einzig und allein die Abrüstung des alten deutschen Heeres,** der einstigen Kriegsmarine und der zu beiden gehörigen technischen Vorräte und Anlagen. Da Deutschlands neues Heer und dessen technische Mittel durch den Versailler Vertrag festgelegt sind, so besteht natürlich eine Bindung an diese Bestimmungen; aber seine Möglichkeit einer vorgesetzten Kontrolle, denn diese ist im Artikel 203 des Versailler Vertrages nur auf die Abrüstung des alten Heeres bezogen, auf die Bestimmungen also, die zeitlich befristet sind. Da nur die Abrüstung des alten Heeres befristet ist, während die Bestimmungen über das neue Heer so lange gelten, wie der Vertrag selbst, so gibt es eine **dauernde Kontrolle durch Ausschüsse nur für die Abrüstung des alten Heeres;** die Nichterfüllung der anderen militärischen Bestimmungen wird durch den Vertrag in den Artikeln 168 bis 179 unter andere Garantien gestellt, z. B. unter die Garantie einer Verlängerung der Besatzungsfristen oder einer Wiederaufnahme der Besetzung. **Die Abrüstung des alten Heeres ist vollzogen; England hat es mehrmals geradezu feierlich festgestellt.** Für die Überwachungsausschüsse besteht somit auf Grund des Versailler Vertrages kein Tätigkeitsfeld mehr. Wenn Frankreich das Bedürfnis fühlt, die unbefristeten militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nachzuprüfen und sich von deren dauernder Erfüllung zu überzeugen, dann muß ein neuer Weg vereinbart werden; **der Versailler Vertrag ermächtigt auch Kommissionen in Zivilkleidung nicht.**

Deutsche Schicksalsfragen.

Eine Unterredung mit Marx.

Braunschweig, 9. Jan. (WTB.) In einer Unterredung zwischen dem Chefredakteur der „Braunschw. Landeszeitung" und dem Reichskanzler Marx bezeichnete dieser als die mit

wesentlichste Aufgabe der Reichsregierung die Sorge um Rhein und Ruhr

und die Sorge um die **wirtschaftliche Lebensfähigkeit** des deutschen Volkes. Rhein-, Ruhr- und Reparationsfrage seien nach Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens die Wirtschaftsprobleme des deutschen Volkes, gegenüber denen alle anderen Fragen in den Hintergrund traten. Die Ausgestaltung der Weimarer Verfassung und die **Lösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern** sei eine weitere Aufgabe der Regierung, wobei als dringlichste Frage eine Neuregelung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Ländern in Frage komme. Der Reichsfinanzminister habe bereits mit den Ländern Fühlung genommen. Eine Prüfung der weiteren innerdeutschen staatspolitischen Probleme werde erforderlichenfalls unschwer folgen können, wobei die **Aufrechterhaltung der Einheit der Nation** als unser höchstes Gut nicht vergessen werden dürfe.

Dollar unverändert.

Rentenmark und Budgetklarheit.

Berlin, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) In einem Vortrag in der Berliner Handelskammer über die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenmark wies Geheimrat Hilger, Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenmark und Vorsitzender des Reichslandbundes, gestern abend der „D. A. Z." zufolge darauf hin, **daß der Staat zur Stabilhaltung der Rentenmark unter allen Umständen das Budget ausbalancieren müsse.** Hilger glaubt, daß der Reichsfinanzminister in seinen bahngehenden Bemühungen Erfolg haben werde. Die Wirtschaft müsse die Bestrebungen der Rentenbank unterstützen durch rücksichtslosen Preisabbau und ebenso die arbeitende Bevölkerung durch Abbau der Arbeitslosenbitkate, eine vernünftige Lohnpolitik und eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit.

Außenpolitische Umschau.

Das englische Parlament konstituiert. — Die Sachverständigenausschüsse.

Das neue englische Unterhaus hat am 8. Januar — bis zu diesem Tage galt das aufgelöste Unterhaus nach englischer Sitte als vertagt — seine erste formale Sitzung abgehalten. Die eigentliche politische Eröffnung findet am nächsten Dienstag, dem 15. Januar, mit der üblichen Thronrede statt; in der Debatte, die über die Thronrede eröffnet werden muß, wollen dann die **Liberalen und die Arbeiterpartei das Kabinett Baldwin niederstimmen.** Dann müßte Macdonald als Führer der größeren Oppositionspartei vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt werden, und man erwartet, daß diese die zweite Hälfte des Januar in Anspruch nehmen wird, wobei Überraschungen noch immer nicht ausgeschlossen sind, weil der Widerstand gegen ein Arbeiterkabinett bei der Krone und in Finanzkreisen ziemlich stark sein soll.

In Paris sind inzwischen die amerikanischen Sachverständigen für die Ausschüsse der Reparationskommission eingetroffen. Die Beratungen der Ausschüsse beginnen in den nächsten Tagen, und der eine amerikanische Sachverständige hat schon angekündigt, daß die Ausschüsse sich von der Lage Deutschlands an Ort und Stelle überzeugen wollen, daß uns also ein ähnlicher Besuch bevorsteht, wie es der des Garantiekomitees und der Reparationskommission im November 1922 gewesen ist.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

In den nächsten Tagen beginnt eine Konferenz der Kleinen Entente. Auf dem Programm steht zunächst die Anerkennung Rußlands. Damit unmittelbar in Verbindung mitzu die Fragen des **Verhältnisses Polens zur Kleinen Entente** und der Stellung Rumäniens innerhalb derselben zur Sprache kommen. Italienische Blätter weisen auch darauf hin, daß auch die neue englische Mittelmeerpolitik in Verbindung mit Spanien und Italien vorgenommen werden wird, und damit wird man mitten in der Debatte über die neuen Bündnisverträge der Tschecho-Slowakei und Südslaviens mit Frankreich sein, wohl auch über den englischen Schritt bei den von Frankreich subventionierten Ostsaaten, den Schritt, der Englands Antwort auf die französische Ostpolitik war. Die Stellung im italienisch-südslavischen Adriakreis und im südslavisch-bulgarischen Konflikt ist gleichfalls diskussionsreif, und zuletzt käme die Annäherung Griechenlands an die Kleine Entente.

In Griechenland ist wieder einmal ein Zwischenfall eingetreten; eine plötzliche Erkrankung Venizelos', der eben erst als Triumphator heimgekehrt ist, gibt Anlaß, **einen griechischen Staatsmann** zu vermuten, das ist ziemlich ein Nachteil von Anhängern des vertriebenen Königshauses wäre. — Dazu meldet das Mailänder Blatt „Ambrosiano" aus Athen, daß Venizelos während der Sitzung der Nationalversammlung von einem Herzkrampf befallen worden sei und infolgedessen schleunigst nach Hause getragen werden mußte. Der „Ambrosiano" fügt dieser Meldung hinzu, es sei zwar möglich, daß Venizelos ein natürlichen Unfall erlitten habe, es sei jedoch wahrscheinlicher, daß seine Erkrankung die Folge eines Attentats sei, das man in Athen begreiflicherweise geheimzuhalten suche.

In London will man nähere Einzelheiten über den Unfall des griechischen Staatsmannes wissen. Man spricht dort von einer Vergiftung. Venizelos habe einen Zusammenbruch in der Nationalversammlung erlitten. Neben einem schweren Herzleiden stellten zwei Universitätsprofessoren eine gefährliche Magenvergiftung fest. Nach den in London vorliegenden Nachrichten haben sie dem griechischen Staatsmann geraten, seine aufreibende Tätigkeit in Griechenland auf das rascheste zu einem Ende zu führen. Venizelos soll sich bereits veranlaßt gesehen haben, seine Partei aufzufordern, einen neuen Führer zu wählen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0001

Hypothekenaufwertung.

Das mit Spannung erwartete wichtige Urteil des Reichsgerichts vom 28. November 1923 in dieser Frage wird jetzen im Wortlaut in der Deutschen Juristen-Zeitung veröffentlicht. Wir können daraus nur einen kurzen Auszug bringen und verweisen die zahlreichen Interessenten auf die Juristen-Zeitung selbst.

Der in Berlin wohnhafte Kläger ist Eigentümer eines in Süderitzbüchl gelegenen Grundstücks. 1918 empfing er laut in Berlin aufgenommener notarieller Urkunde von dem in Berlin oder London wohnenden Bekl. ein Darlehen und trat dem Bekl. unter Umwandlung in eine Hypothek eine Eigentümergrundschuld ab, welche auf seinem Grundstück in Deutsch-Südwestafrika zum Betrage von 1920 fällig, wodurch sie nicht festgestellt. Unter Vorzeit des Bekl. zahlte der Kläger die Summe zum Nennwerte in Papiermark. Seiner Klage auf Herausgabe des Hypothekenbriefes nebst Löschungsbewilligung gaben beide Vorinstanzen statt. Das Reichsgericht hob auf und verwies zurück, da das Berufungsurteil nicht haltbar sei, gleichviel, ob man das Recht der belegenen Sache oder innerdeutsches Recht anwende. Für ersteren Fall könne Deutsch-Südwestafrika in Anlehnung des Geldwesens dem Inlande nicht gleichgestellt werden. Papiergeld sei dort nicht gesetzliches Zahlungsmittel gewesen, vorbehaltlich der noch offenen Frage eines diesbezüglichen Gewohnheitsrechts oder einer nach Kriegsausbruch erlassenen Order des Gouverneurs. Betrachte man dagegen Berlin als Erfüllungsort und wende man deutsches Recht an, so sei der in den Vorinstanzen angebotene Einwand der Geldentwertung an sich beachtlich. Die rechtliche Möglichkeit solchen Einwandes sei selbst für Annahmeverzug des Gläubigers anzuerkennen (§§ 242, 607 BGB.). Im einzelnen komme alles auf die Umstände des Falles an. Das Reichsgericht wolle also nicht schon heute für alle Hypotheken die Aufwertung aussprechen, geschweige denn im Maße des Kursverhältnisses zwischen Papier- und Goldmark. Zu berücksichtigen seien u. a. der Grundstückswert, die Eigenart des Grundstücks (Stadt oder Land, Industriegelände), die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten. Deutsches Währungsrecht stehe der Aufwertung nicht entgegen, zwar seien Banknoten gesetzliches Zahlungsmittel und sogar die Goldklausel aufgehoben, aber bei ganz anderem Stande der Volkswirtschaft. Beziehe ein Konflikt zwischen Währungsvorschriften und dem obersten Grundsatz von Treu und Glauben, so sei dem letzteren der Vorzug zu geben. Mark sei nicht gleich Mark. Zum gleichen Ergebnis führe § 157 BGB. Ausdrücklich unentschieden bleibe die Frage für andere Forderungen (Industrieanleihen, Sparkassenguthaben, Anleihen des Staates usw.). Die heutige Entscheidung berühre nur die Aufwertung der schuldrechtlichen Seite, während die dingliche Seite unentschieden bleibe, namentlich die Frage, ob dem Hypothekengläubiger auch für die aufgewertete Forderung ein unmittelbares dingliches Recht zu verschaffen sei und an welcher Stelle, ferner, ob auch ungerechtfertigte Bereicherung Platz greife, und wie bei Personenwechsel auf der einen oder anderen Seite zu entscheiden sei. Hier sei der Einwand des Schuldners schon aus dem schuldrechtlichen Vertrage begründet. Ohne solche Aufwertung verstoße der hier geltend gemachte Anspruch des Schuldners gegen Treu und Glauben, jedenfalls stehe dem Gläubiger an Hypothekenbrief und Löschungsbewilligung ein Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB. zu.

Amerikanische Professoren über die deutsche Kindernot.

Professor Emerson von der Universität Columbia, der zusammen mit Professor Patterson von der Universität Pennsylvania und General Allen nach Deutschland entsandt wurde, um festzustellen, in welchem Maße tatsächlich Not herrsche, hat folgende Mitteilung nach Amerika gebracht: Nach viertägigem Studium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderhorte, Waisenhäuser und Obdachlosenasyle finde ich die Berichte über Ausbehnung und Zunahme der Unterernährung durchaus bestätigt. Die Milchversorgung Berlins betrage nur noch ein Zehntel der Vorkriegsmenge. Ein Viertel der Bevölkerung Berlins ist auf private und staatliche Unterstützung angewiesen. Der Mangel an Nahrungsmitteln, Kohle und Licht und die Wohnungsnot im Verein mit dem Schließen der Krankenhäuser und der geringen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe haben starke Zunahme von Krankheit zur Folge. Viele Kinder leiden größten Mangel an Schuhen und Unterkleidung. Die deutsche Selbsthilfe sowohl wie die Einzelunterstützung bildet einen wichtigen Faktor im Hilfswerk. Für die Kinderernährung fehlt es hauptsächlich an Milch, Butter, Fett und Lebertran.

Die „völkische" Bewegung.

„. . . . Hier offenbart sich eben die ungeheure Schwäche der gesamten deutschen völkischen Bewegung, nämlich die völlige Zerfahrenheit in der Ober- und Unterführung. Ein Führer kämpft gegen den anderen, einer glaubt im anderen seinen gefährlichen Rivalen zu sehen. Ohne Frage spielen da Eitelkeit, persönlicher Ehrgeiz in Verbindung mit politischer Kurzsichtigkeit und Mangel an Menschenkenntnis und Menschenbeurteilung eine große Rolle. Es soll dabei die gut vaterländische Gesinnung gar nicht angetastet sein. Aber durch dies Gegeneinanderkämpfen der völkischen Führer untereinander verliert die sonst gewaltige Bewegung an Stoßkraft. Was soll es heißen, wenn Führer wie Ludendorff, Hitler, Roßbach, Ehrhardt, v. Kahr, v. Lossow, v. Graefe, Wulle usw. dauernd gegeneinander gehn?!

Das typische Beispiel ist Hitler. Er ist wohl als einer der tüchtigsten völkischen Demagogen zu betrachten, denen es gelungen ist, große Massen, besonders Jugendlicher, bayerischen Landvolkes und früherer aktiver Offiziere an seine Fahne zu fesseln. Wenn man diese Massen unter der psychologischen Lupe näher ansieht, so offenbaren sie sich im allgemeinen als politisch unreife und unerfahrene Menschen, die blindlings ihrem Führer folgen. Hier aber eben weil ihnen die kritische Sonde fehlt. In diesem Milieu wird nun der tüchtige Demagoge Hitler zum großen Politiker und Staatsmann, ja er hält sich schließlich selbst dafür in bedauerlicher Verkennung der Grenzen seiner Gaben und seines Könnens.

Jeder von den völkischen Führern glaubt, daß er allein das Richtige weiß und kann; keiner traut dem anderen über den Weg; sie bekämpfen sich nun schon lange untereinander. Es hat dies schließlich dahin geführt, daß die gewaltige Macht, die die deutschen völkischen Verbände im Grunde darstellen, eine schwerfällige, stumpfe Masse geworden ist, deren Aktionsfähigkeit gleich Null ist. Die ganze völkische Bewegung läuft im höchsten Grade Gefahr, bei dieser Zerrissenheit der Ober- und Unterführung, bei dem Mangel an jeder einheitlichen, weitschauenden und staatsmännisch klugen Führung im Sande zu verlaufen."

(Die vorstehenden Zeilen stammen nicht aus einer links gerichteten Zeitung — sondern aus dem deutschvölkischen Organ Halles, der Hallenschen Zeitung. Die darin enthaltene Kritik ist darum nur um so wertvoller. Die Schriftlg.)

Außenpolitische Übersicht.

Vom sinkenden Frank.

Frankreich verbreitet wieder Lügenmärchen für seine Spießbürger.

Berlin, 9. Jan. (WTB.). Finanzminister de Lasteyrie bezeichnete gegenüber Pressevertretern als eigentliche Ursache für das Sinken des Franken die Tatsache, daß seit dem Kriege erhebliche Frankenbestände in den Händen von Ausländern seien. Namentlich die Deutschen bedienten sich dieser Waffe zur Entwertung des Franken weitherzig und übten so einen Druck auf die französische Außenpolitik aus. Der Finanzminister nahm auch die von deutscher Seite bereits im Reich der Fabel verwiesene Behauptung auf, daß eine Frankfurter Konferenz von Vertretern der Banken im besetzten Gebiet Instruktionen für eine Kampagne gegen den Franken beschlossen habe, deren Rückwirkung in Frankreich bereits gespürt worden sei. Die Regierung plane einen Entwurf zur Verschärfung der bestehenden Gesetze gegen den Verkauf französischer Staatspapiere und zur Abstellung von Mißbräuchen bei der Feststellung der amtlichen Durchschnittskurse an der Börse, sowie Überwachung der Telephonverbindungen mit dem Ausland.

Die italienischen Neuwahlen

sind für den April angesetzt worden. Sie werden zweifellos Mussolini einen großen Erfolg bringen. Die Mehrheit des italienischen Volkes jubelt ihm noch immer zu, seine Gegner wagen gegenüber dem Terror des Faszismus ihren abweichenden Einschätzungen einer staatsmännischen Fähigkeiten nicht Ausdruck zu geben, zumal das neue Pressegesetz alle oppositionellen Zeitungen der Gefahr aussetzt, dauernd verboten zu werden. Aber auch das neue Wahlgesetz sichert Mussolini eine gesetzige Mehrheit im Parlament. Seine Eigentümlichkeit besteht darin, daß diejenige Partei, die die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, drei Fünftel aller Sitze zugesprochen erhält. Die übrigen Parteien müssen sich in den verbleibenden Rest teilen, ganz gleichgültig, wie hoch die Stimmenzahl der Minderheitsparteien sind. Selbst wenn also die Stimmen aller Minderheitsparteien zusammengezählt, beträchtlich höher sind als diejenigen, die die Partei auf sich vereinen konnte, die stärkste aller Parteien ist, würde doch diese Partei drei Fünftel aller Sitze zu beanspruchen haben. Das dieses Wahlsystem sich eines Tages gegen den Urheber wenden kann, ist klar, wenn aber kein grundlegender Umsturm erfolgt, wird es Mussolini auch noch einen Übergang der faszistischen Bewegung noch längere Zeit die Mehrheit sichern. Leidtragende der eigentümlichen Wahlordnung sind in erster Linie die Deutschen in Südtirol. Während sie bisher vier Sitze erringen konnten, haben sie jetzt höchstens die Aussicht, zusammen mit den slawischen Minoritäten einen Vertreter ins Parlament zu senden, der den Klagen über ihre Vergewaltigung Worte geben kann.

Das Fallen des englischen Pfundes.

London, 8. Jan. (Priv.-Telegr.) Nach einem Bericht des Daily Telegraph aus Genf wird die Beunruhigung, die durch die Möglichkeit einer englischen Arbeiterregierung in wirtschaftlichen Kreisen entstanden ist, besonders in den finanziellen Beziehungen zwischen England und der Schweiz bemerkbar. Als im vorigen Jahre in der Schweiz die Gefahr einer Kapitalsabgabe drohte, setzte eine so starke Abwanderung schweizerischen Kapitals nach England und in die englische Währung ein, daß der Wechselkurs des Pfundes über die Parität des Franken stieg. Gegenwärtig macht sich die umgekehrte Bewegung bemerkbar. Englische Werte werden in erheblichem Maße verkauft und Kapitalien aus England zurückgezogen, mit dem Erfolg, daß das Pfund stark unter Pari gefallen ist. Der Bericht des „Telegraph" versichert, daß in dieser Bewegung nicht nur schweizerische Stimmungen zum Ausdruck kommen, sondern auch diejenigen des internationalen Kapitalmarktes, da die schweizerischen Banken zu einem großen Teil nur Vermittlungsstellen für Aufträge aus allen europäischen Ländern sind.

Bombenattentat in Japan.

Tokio, 8. Jan. (Priv.-Telegr.) Sonnabend wurde vor dem Palais in Tokio ein Attentat verübt. Die Kaiserfamilie war nicht anwesend. Ein Koreaner warf eine Bombe, die aber nicht explodierte und infolgedessen keinen Schaden anrichtete. Der Attentäter wurde sofort von der Polizei festgenommen. Es ist ermittelt worden, daß er aus Schanghai eingetroffen war und drei weitere Bomben im Besitz hatte.

Die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung.

Eine maßgebende amerikanische Stimme.

Seit der Ruhrbesetzung hat die Deutsche Juristen-Zeitung Stimmen des Auslandes gesammelt, um die Unrechtmäßigkeit der Besetzung rein objektiv juristisch und völkerrechtlich darzutun, darunter Äußerungen aus Holland, der Schweiz, Schweden, Finnland usw. Nun bringt sie auch eine besonders bedeutsame Ansicht eines amerikanischen Juristen, Rechtsanwalt Miller in Newport, der bei der Abfassung des Friedensvertrages amtlich mitgewirkt hat und dessen Ansicht daher von ganz besonderer Bedeutung ist, hat Ausführungen über die uns so tief bewegenden Fragen gemacht, die bisher in Deutschland noch gar nicht bekannt geworden sind. Die Juristen-Zeitung gibt eine eingehende Darstellung seiner Auffassung, die mit den bedeutungsvollen Worten schließt: „Bei mir besteht kein Zweifel darüber, daß in der Rechtsfrage die Franzosen unrecht haben. Ich glaube, daß jeder unparteiische Gerichtshof dahin entscheiden würde, daß die Besetzung des Ruhrgebiets auf Grund des Vertrages von Versailles nicht gerechtfertigt war, und daß die Deutschen im Recht waren, als sie gegen die Besetzung als eine auf Grund des Vertrages nicht gerechtfertigte und unzulässige protestierten." Ob selbst das Urteil dieses Mannes auf Frankreich von irgendwelchem Einfluß sein wird, darf füglich bezweifelt werden.

Deutschland.

Das sächsische Koalitionskabinett

unter Heldt als Ministerpräsident hat noch keinen Wirtschaftsminister, dessen Ressort beim Präsidenten liegt.

Im Landtage hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: **Das Ministerium Heldt hat nicht das Vertrauen des Landtags.**

Die parlamentarische Mehrheit ist auf der Seite der Parteien, die die große Koalition gebildet haben.

Die Gemeindewahlen finden am 13. Januar statt. An eine Aufhebung des Ausnahmezustandes ist nicht gedacht.

Das Reich und Thüringen.

Berlin, 9. Jan. (WTB.) Die Erörterungen zwischen der Reichsregierung und Mitgliedern der thüringischen Landsregierung sind gestern in der Reichskanzlei fortgesetzt worden. Der Abschluß steht unmittelbar bevor.

Die bayerische Denkschrift nicht partikularistisch..

München, 9. Jan. (WTB.) Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz erklärt, daß es sich bei der Denkschrift der bayerischen Regierung um den ersten Versuch handle, die unhaltbar gewordenen Verfassungszustände durch friedliche Verständigung mit den Reichsgewalten zu sanieren. Die Denkschrift dürfe nicht partikularistisch ausgelegt werden. (Was mögen Bayern glauben. Die Sätze der Denkschrift widersprechen dem!)

Keine liberale Fusion in Bayern.

In der letzten Zeit sind Gerüchte über Fusionsverhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in Bayern verbreitet worden; aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wurde dazu mitgeteilt, daß eine Verschmelzung nicht beabsichtigt sei, dem Übertritt der Demokraten zur Volkspartei aber nichts im Wege stehe. Die „Münchener Allgemeine Zeitung", die seit Anfang Januar als demokratische Tageszeitung erscheint, stellt demgegenüber fest, daß ein solcher Übertritt demokratischerseits in aller Form abgelehnt worden ist und nicht in Frage kommt. Offizielle Fusionsverhandlungen zwischen den beiden Organisationen hätten überhaupt nicht stattgefunden.

*

Der Konflikt der oberschlesischen Industrie.

Breslau, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Konflikt in der oberschlesischen Metallindustrie scheint sich noch mehr zu verschärfen. Schon in den letzten Tagen war es auf einzelnen Werken zu Streitigkeiten gekommen, deren Folge die Aussperrung einiger tausend Arbeiter war. In den oberschlesischen Elektrizitätswerken traten nun gestern die Belegschaften in den Ausstand, da infolge der Arbeitsstreckverlängerung eine Anzahl Arbeiter entlassen worden war. Der Betriebsleiter wurde bedroht, die Schutzpolizei mußte die Werkanlagen räumen, und die gesamte Belegschaft ist von der Direktion entlassen worden. Durch Eingreifen der Technischen Nothilfe gelang es, die Notstandsarbeiten zu verrichten.

Für den Zehnstundentag.

Düsseldorf, 9. Jan. (WTB.) Die christlichen Metallarbeiter haben sich gestern in einer Vertrauensmännerversammlung für die zehnstündige Arbeitszeit erklärt und haben es abgelehnt, sich am Streik zu beteiligen.

*

Nachträge zum Schupo-Prozeß.

Köln, 9. Jan. Gegen eine Reihe von Beamten, die im Düsseldorfer Schupoprozeß verurteilt oder freigesprochen worden sind, hat die französische Besatzungsbehörde die Ausweisung verfügt. Die der grünen Polizei angehörenden Freigesprochenen sind ausgewiesen worden, und zwar Major Engels, Hauptmann Pöklad, Leutnant Bogis, sieben Oberwachtmeister und acht Wachtmeister. Weiter wurden ausgewiesen Oberpolizeiinspektor Hüttner, der zu zwei Jahren Gefängnis mit Strafaufschub und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, der freigesprochene Stadtsekretär Neunkirchen, ferner der zu drei Monaten Gefängnis mit Strafaufschub verurteilte Artist König und die zu drei Monaten Gefängnis verurteilten Wachtmeister der grünen Polizei Hesse und Almacher.

Rückkehr Ausgewiesener nach Offenburg.

Offenburg, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Verschiedenen hiesigen Einwohnern, die wegen ihrer Mitwirkung im Fürsorgeausschuß der Ruhrhilfe oder wegen sonstiger ähnlicher Tätigkeit ausgewiesen worden waren und sich seither in Gengenbach aufhielten, wurde die Rückkehr nach Offenburg wieder gestattet. Die Familien werden im Laufe der nächsten Wochen folgen. Die beschlagnahmten Wohnungen sollen zurückgegeben werden. Wie man hört, sollen auch die meisten früheren Schulleute, die im März u. J. ausgewiesen worden sind, nach Offenburg zurückkehren; es soll sich um 16 Beamte handeln. Einigen bleibt die Zureise auch jetzt noch verwehrt. Das Bezirksamt wird seine Tätigkeit Mitte Januar ebenfalls wieder aufnehmen können.

*

Prinz von Preußen.

Über die Namen der Mitglieder der vorm. landesherrlichen Familien ist in der preußischen Gesetzsammlung eine Verordnung vom 27. Nov. 1923 veröffentlicht. Diesen Personen steht der Name „Prinz von Preußen" zu. Bezeichnungen, wie „Kaiser Kaiser und König von Preußen", „Kaiser und König", „Kaiserin, Kronprinz (Kronprinzessin) des Deutschen Reiches und von Preußen" oder einfach „Kronprinz (Kronprinzessin)", dürfen nicht mehr gebraucht werden. Der Vorname hat dem bezeichneten Namen vorzugehen (z. B. Wilhelm Prinz von Preußen, nicht Prinz Wilhelm von Preußen.

Provinz und Nachbarländer.

Mitteldeutsche Kanalprobleme.

Während hier in der Provinz und dem Freistaat Sachsen die Kanalpläne auf dem Gefrierpunkt angelangt sind, ist man in Thüringen sehr rege mit Vorarbeiten für den großzügigen Ausbau der Wasserstraßen in Mitteldeutschland, wie auch für die Zukunft der Stadt Merseburg von Bedeutung sind, da sie den Anschluß an die Saale bezwecken. Besonders fruchtbar sind die Arbeiten der Wasserwirtschaftlichen Vereinigung und der Vereinigung Gera-Unstrut, welche auf die Nutzbarmachung der Wasserkräfte und Erschließung der Wasserstraßen als neue Verkehrswege hinzielen.

Von den zu bearbeitenden Projekten verdient besonders die Führung einer unmittelbaren Schiffahrtsstraße zwischen Werra und Saale über Gotha und Erfurt in erster Linie Beachtung im Tätigkeitsgebiet der Vereinigung. In dem vorliegenden Entwurf sind unter Berücksichtigung der auf der Höhe von Gotha liegenden besonderen Schwierigkeiten die ausschlaggebenden Linienführungen und hier Möglichkeiten eingestellt, wobei vor allem die vom technischen und betrieblichen Standpunkt überlegene alte Rodder-Linie hervortritt. Gelingt es aber, im Tale der Apfelstedt und Gera an Erfurt heranzukommen, so ist nicht ausgeschlossen, daß die alte Symphersche Linie über Weimar und Apolda wieder in den Vordergrund tritt. In ähnlicher Weise werden auch die Möglichkeiten der Kanalführung bei Erfurt vorbereitet und geprüft werden.

Bei der grundlegenden Bedeutung der Kanalfragen darf aber nicht verkannt werden, daß es mit Rücksicht auf die unnormalen wirtschaftlichen Verhältnisse zweckmäßig ist, alle Aufmerksamkeit zunächst mehr den eigentlichen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen — Zusammenfassung und Ausnutzung der Wasserkräfte, Errichtung von Talsperren, Umstellung der Energieerzeugung, Sicherstellung der Trinkwasserversorgung — zu widmen. Demzufolge sollen folgende Fragen demnächst einer Untersuchung unterzogen werden:

Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Städte Erfurt, Weimar, Apolda mit der Reichsbahndirektion Erfurt zur Errichtung einer Talsperranlage an noch nicht feststehender Stelle in einem der nach Erfurt führenden Zuflußtälern; die Ausnutzung der Wipratreiche bei Nimenau; Untersuchung der Kräfte des Silber- und Kernwassers im Obratale und Vorbereitungen zu einer zweiten Talsperrenanlage im Tale der Apfelstedt oberhalb der bereits bestehenden Tambacher Talsperre.

Die durchgebrannte Lokomotive.

† Schönebeck. Bei dem starken Schneefall der letzten Woche fuhr eine von der Staatsbahn entliehene Lokomotive der Firma Allendorf beim Hereinbringen in den Schuppen fest. Durch einen unglücklichen Zufall kam die Lokomotive schneller frei, als der an der Flottmachung arbeitende Führer vermutete. Die führerlose Lokomotive sprengte das bereits geschlossene Tor und fuhr bis auf den Radreifen bei der Fuhrmannschen Melassefabrik, fuhr auf einen Bierwagen auf, der auf einen mit Radiatoren beladenen Wagen prallte, um dann einen zweiten Bierwagen zu beschädigen, bis schließlich ein Kesselwagen der durchgehenden Lokomotive Halt gebot. Der Schaden ist beträchtlich.

Ein Doppelmörder ermittelt.

† Altenburg. Wenig Schritte von der Stelle entfernt, wo vor einiger Zeit Frau Heilmann aus Zschornitzsch einem Lustmörder zum Opfer fiel, ist jetzt die 26 Jahre alte, unter Sittenkontrolle stehende Elsa Wittig von hier erfroren aufgefunden worden. Da sofort Verdacht eines Mordes vorlag, wurde der Leichnam aufgetaut und eine Obduktion vorgenommen, die ergab, daß das Mädchen vergewaltigt und dann erwürgt worden war. Zwei Knechte aus Zschornitzsch, die man zuletzt in Begleitung des Mädchens gesehen hatte, waren sofort verhaftet worden, und der eine davon, namens Friedemann, gestand schließlich auch die Mordtat zu. Man nimmt allgemein an, daß auch die beiden Frauen, die vor einiger Zeit im hiesigen Stadtgebiete ermordet worden sind, dem Lustmörder Friedemann zum Opfer gefallen sind, weshalb die polizeilichen Nachforschungen mit allem Eifer fortgesetzt werden.

Sieben Perserteppiche gestohlen.

† Erfurt. In der Nacht zum Dienstag wurde in einer Villa in der Hohenzollernstraße eingebrochen und sieben echte Perserteppiche gestohlen, die einen Gesamtwert von mehreren tausend Goldmark haben. Die Einbrecher sind vermutlich gegen 10 Uhr morgens mit den Teppichen vorgefahren und haben die Teppiche darin fortgeschafft. Sie müssen Teppichkenner sein, da sie nur die besten Teppiche ausgewählt haben.

Abbau der Krankenhäuser.

† Eschwege. Die Provinzialverwaltung beabsichtigt, gezwungen durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, das hiesige Landkrankenhaus am 1. April eingehen zu lassen. Von amtlicher und privater Seite will man versuchen, durch freiwillige Zuschüsse die Ausführung dieses die Kreisbevölkerung schwer schädigenden Entschlusses zu verhindern.

Der bezechte Einbrecher.

† Leipzig. Am Montagmorgen in der sechsten Stunde hörte der Polizeihauptmann a. D. T. beim Ankleiden in dem von ihm, seiner Mutter und Schwester allein bewohnten Landhause in Oetzsch, den recht sonderbaren Gesang einer Männerstimme. Er ging dem Klange nach und entdeckte in dem Keller des Hauses einen bezechten älteren Mann, der am Boden lag und aus voller Kehle fröhliche Lieder sang. Er verabfolgte ihm zunächst eine tüchtige Tracht Prügel und schaffte ihn dann mit Hilfe eines Nachbarn nach der Polizeiwache in Oetzsch. Wie sich herausstellte, war der Einbrecher nachts durch ein Fenster in den Keller eingestiegen, hatte sich verschiedene Sachen zusammengepackt und bei der Arbeit eine Flasche Rum und eine Flasche Wein ausgetrunken. Hierbei war er dann selig eingeschlummert. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Einbrecher, der schon mehrere derartige Kellereinbrüche in Landhäusern in Oetzsch auf dem Kerbholze hat.

Unrecht Gut gedeihet nicht.

† Reine. Die Eisenbahnberaubungen auf der Strecke Bechelde—Braunschweig hat den der Peiner Kriminalpolizei angeklärt worden. Vier Personen aus Bechelde, Wendeln, Groß-Mahnum, Mölsberg und Gleiche, haben seit Anfang Oktober vorigen Jahres systematisch Eisenbahnberaubungen ausgeführt. Im ersten Falle lösten sie sich in Bechelde Fahrkarten nach Braunschweig, bestiegen aber anscheinend nicht ein Personenabteil, sondern verbargen sich in den Bremshäuschen. Zwischen Bechelde und Gödingen erbrachen sie den Güterwagen und raubten aus ihm ihre Säcke mit roher und bereits verbreiteten Fellen, und zwar 1000 Stück Opossum und 600 Schafale. Das gestohlene Gut warfen sie an verabredeter Stelle aus dem Zuge. Bei zwei weiteren Diebstählen fielen ihnen etwa einen Monat später bei Beraubung von Güterzügen auf Bahnhof Gleidingen drei Kisten Tabak, Zigarren, Handtaschen, Wolle und Papierwaren in die Hände.

Kleine Rundschau.

In Dessau wurde eine 87 Jahre alte Ebertrau tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Vermutlich liegt Selbstmord vor. — Ein in der Nähe der Ludwigshöhe bei Sandersleben stehender Weizendiemen des Landwirtes Hartig ist völlig niedergebrannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

9. Januar.

Der 10. Januar als Steuertermin.

Mehrfache Anfragen aus unserm Leserkreise lassen erkennen, daß über die fälligen Steuern noch vielfach Zweifel bestehen. Wir geben daher noch einmal die wichtigsten steuerlichen Bestimmungen wieder und verweisen im einzelnen auf unsere bereits veröffentlichten Artikel.

Es ist am 10. Januar fällig die

Abschlußzahlung auf die Einkommensteuer für 1923.

Und zwar haben die Einkommensteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung einzureichen haben, d. h. die erhöhte Einkommensteuerpflichtigen, zu zahlen auf je 1000 ℳ Steuerschuld das Einkommensteuerbescheides für 1922 40 Goldpfennige. An Stelle des Grundbetrages von 40 Goldpfennigen tritt ein Grundbetrag von 1,60 Goldmark für je 1000 ℳ Steuerschuld, sofern der Geschäftsabschluß, der der Steuererklärung zugrunde liegt, vor dem 1. Juli 1922 liegt.

Gleicherweise ist am 10. Januar fällig die

Abschlußzahlung auf die Körperschaftssteuer für 1923.

Und zwar sind zu zahlen für jede 1000 ℳ des Körperschaftssteuerbescheides 1922 60 Goldpfennige. Für diejenigen Gesellschaften, bei denen sich Kalenderjahr und Wirtschaftsjahr nicht decken, die also für das Steuerjahr 1922/23 noch keinen Steuerbescheid bekommen haben, beträgt der Satz 39⅓ Goldpfennig für jeden zum Geschäftsjahr 1923/24 gehörenden Monat. Die schon geleisteten Vorauszahlungen für 1923/24 sind ihrem Goldwert nach anzurechnen.

Sodann ist die

Umsatzsteuer für Dezember 1923

fällig unter Zugrundelegung des Goldumrechnungssatzes 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark.

Am 15. Januar.

Es ist fällig die

Lohnsteuer für die erste Januar-Dekade.

Zu beachten ist, daß hierfür bereits die neuen Berechnungsvorschriften der Steuernotverordnung gelten. Von dem Einkommen ist in Abzug zu bringen 12 Goldmark wöchentlich oder 2 Mark täglich; bei Kurzarbeit tritt ein Steuerfreier Abzug von 50 Goldpfennigen für je zwei Stunden ein. Der Rest des Lohnes ist mit 10 Prozent zu versteuern. Bei Verheirateten wird außerdem noch ein Abzug von einem Zehntel des Einkommens gemacht, der gleiche Abzug ist für jedes minderjährige Kind in Anrechnung zu bringen.

*

Mit Ausnahme der am 15. Januar (und dann wieder am 25. Januar) fälligen Lohnsteuer gilt für die vorgenannten Steuern eine Schonfrist von einer Woche, die rechnet von dem dem Fälligkeitstage folgenden Tage ab. Wird diese Frist trotzdem überschritten, so tritt für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden halben Monat ein Zuschlag von 5 Prozent des rückständigen Steuerbetrages ein (ein Monat gleich 30 Tage).

*

Zur Volksspeisung im Herzog Christian

wird uns geschrieben:

Dank der Mitarbeit einer Reihe von Jugendgruppen und Vereinen ist es bereits möglich, an drei Tagen der Woche die Volksspeisung vorzunehmen, und zwar ist die Durchführung bis Mitte April gesichert. Es ist zu hoffen, daß nun auch noch die übrigen Tage der Woche besetzt werden können. Es gibt in Merseburg noch so viel Vereine, die sich gewiß gern an diesem schönen Werke beteiligen. Nur die dreitägigen Schulferien eines Vereins gelegt, ist es oftmals große Opfer möglich, wenigstens an einem Tage in diesem Winterhalbjahr die Kosten der Speisung von einigen Hungrigen zu übernehmen. Auch Familien sollen sich zusammentun, um in dieser Weise zu helfen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Speisung sich von der Massenspeisung dadurch unterscheidet, daß bei einzelnen Vereinen oder die Gruppe in persönliches Verhältnis zu den Eingeladenen kommt und dementsprechend das Essen durch freundlichen und aufmerksamen Wohlwollen der Gebenden gewürzt wird. Wer die Not selbst bei der Speisung gesehen hat, der dürfte gern helfen, der gerne helfen, die sich wenigstens einmal in der Woche satt essen können, der kann von diesem Ausschnitte nicht weiter lesen und erkennen, daß andere, die leider noch arbeitslos sind, dafür. Wenn diese alle kommen und helfen, braucht keiner in Merseburg zu hungern. Auskunft über diese Speisung und die Art der Durchführung gibt Oberlehrer Hemprich, Sattlerstraße 2, und auch der Hausmeister im Herzog Christian. Dort werden auch Naturalien (Kartoffeln, Gemüse usw.) und auch Geldbeiträge angenommen.

*

** **Schülerrückfahrkarten.** Um die Besuchsfahrten ins Elternhaus über die Sonn- und Feiertage zu erleichtern, werden fortan Schülerrückfahrkarten in begründeten Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahnverwaltung auf Entfernungen über 150 Kilometer bis höchstens zu 250 Tarifkilometer ausgegeben.

** **Von der Witterung.** „Kommt der Frost im Januar nicht, zeigt im Mai er sein Gesicht". Nach diesem alten Sprichwort gebieten zu einem trübsinnigen Januar Frost und Kälte, wie sie uns die letzten Dezembertage schon überreichlich brachten. In einem anderen Sprichwort heißt es: „Bangen die Tage an zu langen, kommt der Winter erst gegangen". Die Zunahme der Tageslänge von 8 auf 9 Stunden ist hoffentlich die angenehmste Begleiterscheinung des ersten Monats dem neuen Jahre. Nach dem 100jährigen Kalender nicht aus strenger winterlicher Witterungsperiode bevor: Strenge Kälte und Schnee bis zum 15., von da an bis zum 18. gelinde, vom 18. bis 21. sehr kalt und von da an wieder gelinder bis zum Ende. Wenn der alte gute Herr recht behält, stehen unseren Winterquartiern also noch eine Menge sporteinige Tage bevor. Den Zimmerbesitzern sei empfohlen, auch recht strenger Kälte morgens gut zu lüften, da sich die Frische zum Schlafen erwärmt als sehr verdächtig, dicht der Atmosphäre des Zimmers und Fahrgelegenheiten nicht außer Acht gelassen werden.

** **193. Bildungsabend.** In unserer heutigen Zeit ist „Lied und Laute" wohl immer ein Begriff, denn niemand weiß davon, daß die Laute im 15. bis 17. Jahrhundert im Musikleben die vorrichende Rolle gespielt hat. Zwei Höfe der damaligen Zeit hatten ein eigenes Lautenorchester; man unterschied damals vier Lautenintrumente, die man gleich den Geigenstimmen „Discant, Alt-, Tenor- und Bassiaute" benannte. Von diesen Instrumenten spielte jedes einzelne oft 2- und 3stimmig im regelrechten Harmonieslag, so daß man zur alten Zeit wohl ein Recht hatte, die Laute „die Königin der Instrumente" zu nennen. Heute ist es anders geworden. Die Laute ist zur Dienstmagd herabgesunken und weiß nichts mehr von vornehmer Musik. Um 1900 hat dann die Gitarre in allen Kontinentalen Siege errungen, und alte Zeitungen geben Aufschluß darüber, daß man Suiten, Sonaten und alle bekannten Musikformen dort hören konnte. Diese alten Schöpfungen und neue dazu, wird hier am 14. und 28. Januar im „Herzog Christian" eine Vereinigung aus Halle spielen, die sich die Pflege dieser verlorenen Musik zur Aufgabe gemacht hat. Die Kartenausgabe und Einsicht der Spielfolge ist in der Stollbergschen Buchhandlung.

** **Vom Hallschen Stadttheater.** Heute, Mittwoch: „Die lustigen Weiber von Windsor". Donnerstag: „Nathan von Barnheim". Freitag: (in neuer Einstudierung): „Die toten Augen" von Eugen d'Albert. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Voß-Andree, Bohmer, Böder, Michaelis und die Herren Bergmann, Berghof, Müllerkaden, Albed. Szenische Leitung: Hans Sieger; musikalische Leitung: Fritz Vollmann. Sonnabend: „Fleischmann als Erzieher." Sonntag nachmittag 3 Uhr kommt das Weihnachtsmärchen „Der Froschkönig" noch einmal zur Wiederholung. Am Abend: „Tote Augen." Montag: „Minna von Barnhelm."

** **Philharmonischer Orchesterverein.** Wie uns mitgeteilt wird, findet das nächste Konzert am 16. Januar für weiße und blaue Karten, am 17. Januar für gelbe Karten, abends 7½ Uhr im Saale des „Kaiserhof" statt. Es werden folgende Musikwerke aufgeführt: Symphonie Nr. 16, G-dur (Oxfordsymphonie) von Haydn, Arie aus dem Weihnachtsoratorium von Bach, Ouverture „Nachklänge an Ossian" von Gade, Lieder mit Klavierbegleitung von Brahms, Kaisermarsch von Wagner. Als Solistin hat sich Frl. Gertrud Degenhardt aus Korbhausen freundlichst zur Verfügung gestellt. Die Begleitung der Lieder hat unser heimischer Künstler Fritz Busch übernommen.

** **Den Arm gebrochen** hat sich gestern abend in der Turnhalle Breuhausstraße der Bäckergeselle Bode.

** **Auf der Straße bewußtlos** wurde am Montag vormittag plötzlich ein Mann. Er wurde in die Wohnung des Buchhändlers Pouch geschafft. Dort ließ ihm ein Krankenpfleger vom Roten Kreuz die erste Hilfe zuteil werden. Nach mühevoller Arbeit gelang es, den Gestürzten zur Besinnung zu bringen. Er wurde dann in seine Wohnung geschafft.

** **Orlando di Lasso,** der sich in Merseburg bereits einen guten Ruf als Psychologe erworben hat, gab gestern im „Tivoli" seinen ersten Meisterabend. Eine große Zuschauermenge hatte sich eingefunden, um den seltsamen Künstler zu sehen. Verblüffend war die vollendete Kunst des Gedankenlesens di Lassos. Die schwierigsten Aufgaben löste er spielend und genau. Es scheint, als ob der Künstler, seine Gedanken völlig ausschaltend, durch das Gehirn seines Führers mit diesen Gedanken eins wird. Tiefen Eindruck im Publikum hinterließ das Auftreten des Hellsehmediums E. Fey, dessen Leistungen für das Vorhandensein noch ungeahnter geistiger Kräfte im Menschen sprachen. Nicht der Komik entbehrte das Verlesen von Zuschauern in eine Art Somnambulismus. Das Experiment glückte bei einer ganzen Schar, die bei den Überredungskünsten und Befehlen di Lassos unbedenklich folgte und dem Publikum Anlaß zu größter Heiterkeit gab. Den Schluß der interessanten Darbietungen, die jeder am besten selbst in Augenschein nimmt, bildete ein orientalisches Gedächtniswirrag. — Heute abend findet der letzte Vortrag mit neuem Programm statt. Wer Abwechslung liebt, sollte sich den Besuch des Meisterabends nicht entgehen lassen.

** **Die Elternversammlung** in der Turnhalle Wilhelmstraße findet morgen, Donnerstag den 10. Januar, abends 8 Uhr, statt.

** **Der Winter** will im neuen Jahre gar nicht so recht in Schwung kommen. Auch heute war er nur schwach besucht. Schuld daran mag der hohe Schnee sein, welcher die ländlichen Verkäufer abhält, in die Stadt zu fahren. Angeboten wurden Gemüse, Käse, Fischwaren und die üblichen Stoff- und Kurzwaren, alles andere fehlte. Auf dem Ferkelmarkt war Angebot und Nachfrage mittelmäßig.

*

Vom „Merseburger Eisklub"

wird uns geschrieben:

Dank der für den Eissport so günstigen Witterung und schließlich auch dank der tatkräftig einsetzenden Arbeit des Ausschusses, hat das „Eisfest" Kind unter den Vereinen Merseburgs doch schon Erfreuliches leisten können. Die vorläufige Eisbahn erfreut sich immer größerer Beliebtheit, insbesondere wohl deshalb, weil die Bahn wirklich gut ist und die oft so lästigen Risse im Eis sorgsam beseitigt werden. Die Zahl von fast 300 Mitgliedern beweist, daß man dem Verein aus weiten Kreisen der Bevölkerung Vertrauen entgegenbringt.

Nun soll es auch mit dem Eishockey versucht werden. Die allernotwendigsten Geräte sind beschafft, nun heißt es: trainieren! Vorher aber muß der Platz geschaffen werden, eine nicht zu unterschätzende Arbeit, die da noch zu leisten ist. Darum ergeht an alle, die Interesse am Eishockeysport haben und später mitspielen wollen, die Bitte, auch mitzuhelfen bei der Herstellung des dazu notwendigen Platzes. Hoffen wir, daß dann auch das Wetter noch eine Weile anhält, dann werden wir in Merseburg wohl bald ein Eishockeywettspiel zu sehen bekommen. Unterhandlungen mit maßgebenden Vereinen aus Leipzig und Thüringen sind aufgenommen.

Auch sonst soll vom Verein aus Vorsorge für die Zukunft getroffen werden; man trägt sich mit dem Gedanken, für nächstes Jahr noch andere Bahnen zu schaffen, durch Überschwemmen von Wiesen um auch bei geringem Frost schon Eisbahn zu haben. Endlich soll auch für den Sommer etwas gesorgt werden, und zwar in einem Sportzweige, mit dem es in Merseburg noch recht übel bestellt ist: man soll Tennisplätze anlegen zu können, um diesem beliebten, leicht erlernbaren recht sittlichkeitlich behandelten Sport in Merseburg etwas auf die Beine zu helfen. Pläne Ausführen gewiß man kaum eine kleine Angst zu haben, wegen des vorgeschrittenen Winters nicht mehr auf seine Kosten zu kommen!

Auf die morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Maiskeller stattfindende Versammlung machen wir an dieser Stelle nochmals besonders aufmerksam. Es stehen wichtige Punkte u. a. Satzungsfestlegung und Vorstandswahl auf der Tagesordnung.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

veröffentlicht in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über die Zahlung der städtischen Steuer vom Grundvermögen nebst Gemeindezuschlägen und Hundesteuergebühr für Januar 1924, über den Übergang von der Grundschule zu mittleren und höheren Schulen Ostern 1924, über die Schulbeiträge für Berufsschulen und über die Verwaltungsgebührenordnung.

*

Die Weiße Wand.

Im Union-Theater gelangt seit Dienstag ein Filmdrama, betitelt „Frauenmoral" zur Aufführung. Die Hauptdarstellerin (Helene Moskowska) führt uns in ihrer Rolle ein erstklassiges Spiel vor. Nach allerlei Enttäuschungen in der Verlobungszeit, findet sie noch vielen Irrfahrten glücklich in dem Hafen der Ehe. Auch die übrigen Darsteller sind bekannte Größen. Den Glanzpunkt des Abends bildet das persönliche Auftreten von Fräulein Margit Rogahn, Vortänzerin vom Weimarer Staatstheater, mit Herrn Rolf Ner, ehemaliger Balletmeister des Kölner Metropol-Theaters. Das Paar bietet uns Tänze voller graziöser Wirkung und Schwung und Abschattung. Durch reichen Beifall der Besucher wurden sie immer wieder zu Zugaben genötigt. Ein Lustspiel „G", durch Harold Lloyd dargestellt, sorgt für Humor und Heiterkeit. Ein Besuch des Theaters ist sehr zu empfehlen. Das Programm läuft nur noch bis Donnerstag.

*

Die Nahverbindung nach Lauchstädt—Schafstädt

ist seit den Einschränkungen vom 12. November 1923 außerordentlich stiefmütterlich geworden, so daß der Wunsch, weiter Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land nach einer Neuregelung des Zugverkehrs auf dieser Strecke immer dringlicher wird.

Es soll nicht verkannt werden, daß beim ebenmen Gebot äußerster Sparsamkeit im Zugverkehr Folge gegeben werden muß, es ist jedoch nicht außer acht zu lassen, daß die bei der Eisenbahn geleistete Ersparnisse oft nicht im richtigen Verhältnis zu dem durch die Einschränkung entstehenden Schaden stehen.

Wochentags

verkehrten bisher drei, nunmehr nur noch zwei Zugpaare, und zwar sind ausgefallen der Vormittagszug 8,20 Uhr ab Merseburg und der Mittagszug 12,38 Uhr ab Merseburg. Der erste Zug ab Merseburg geht mittags 1,40 Uhr; er trifft um 3,02 Uhr in Schafstädt ein. Der letzte Zug verläßt Schafstädt jedoch bereits um 3,58 Uhr nachmittags. Es ist damit die Erledigung geschäftlicher Aufträge in Schafstädt von Merseburg aus völlig ausgeschlossen. In Lauchstädt beträgt die Spanne zwar zwei Stunden, sie ist jedoch als Arbeitszeit für Geschäftsreisende, Handelsleute usw. zu kurz. Dieses Abschneiden im Geschäftsverkehr erscheint sehr bedenklich und hat Schädigungen in der Geschäftswelt zur Folge gehabt. Ein Frühzug etwa Merseburg ab 8 Uhr erscheint daher unbedingt erforderlich.

Der erste Zug ab Schafstädt ab 6,05 Uhr wäre nur für die der Schulkinder, die in großer Zahl diesen Zug benutzen, eine Stunde später zu legen, so daß er gegen 8 Uhr in Merseburg eintrifft. Er hat hier guten Anschluß an die nach Halle (beschleunigter Personenzug) und nach Weißenfels kurz nach 8 Uhr abgehenden Züge.

Gleichfalls im Interesse der Schulkinder wird eine Früherlegung des Zuges 1,40 Uhr mittags ab Merseburg um eine halbe Stunde gewünscht. Da jedoch 1,31 Uhr ein Zug aus Halle kommt, der Anschlüsse aus allen Teilen des Reiches bringt, so wäre vorher eine Feststellung erwünscht, ob der Anschlußverkehr so ins Gewicht fällt, daß sich die Beibehaltung um diese Zeit lohnt. Für den einfachen Verkehr aus den Richtungen Weißenfels (Merseburg an 1,05 Uhr) und Halle (Merseburg an 12,52 Uhr) ist ja die Abfahrt eine halbe Stunde früher schon möglich.

Der bereits erwähnte Personenzug Schafstädt ab 3,58 Uhr nachmittags hat fast keine Bedeutung, da er als Nachfahrtszug zum Zug 3,02 Uhr an Schafstädt zu früh, als Hinfahrtszug zu 6,08 Uhr ab Merseburg aber zu spät verkehrt. Er scheint daher entbehrlich oder sollte erst auf 7 Uhr ab Schafstädt verlegt werden.

Sonntags

ruht der Verkehr auf der Strecke völlig. Das ist aus bahnfestem Grunde sehr bedauerlich. Einzeln ist haben wir Bad. Lauchstädt, nach welchem bisher Sonntagsfahrkarten ausgegeben wurden, als wertvollen Erholungsort verloren, andererseits ist die Milchzufuhr von Schafstädt unterbunden und zu gleicher Zeit der Landbevölkerung die Möglichkeit genommen, Sonntags in die Stadt zu fahren.

Den bisher leider vergeblichen Bemühungen der an dieser Bahnstrecke liegenden Orte um Abhilfe des Notstandes muß sich Merseburg voll anschließen.

Gm.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 9. Januar.

Tivoli: Meisterabend Orlando di Lasso. — Generalversammlung des G.-V. „Einigkeit". — Generalversammlung der 72er. — Ball in der Funkenburg. — Wochenfest im Stadt-Café. — Kurius-Beginn des Arbeiter-Samariter-Bundes. — Jahreshauptversammlung des D.H.V. — Turnstunde des Tv. Rothstein.

Donnerstag, 10. Januar.

Elternversammlung in der Turnhalle Wilhelmstraße. — Lichtbildervortrag im Pfälzerwald-Verein in der Goldenen Kugel. — Versammlung des Eislubs Merseburg.

Täglich.

Wiener Schrammel-Trio Faust im Café von Beths Gesellschaftshaus. — Kabarett in der Klein-Kunstbühne Neues Schützenhaus.

Wetterwarte.

V. M. am 10. 1. (Donnerstag): Etwas wärmer, meist trübe, windig, Niederschläge. — 11. 1. (Freitag): Noch etwas wärmer, wolkig bis trüb, zeitweise Niederschläge.

§ **Lochau,** 9. Jan. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß der Gemeindediener Natzsch, welcher sein Amt 33 Jahre lang gewissenhaft und treu verwaltet hat, dasselbe nunmehr niederzulegen gedenke. Es wurde deshalb beschlossen, die Stelle auszuschreiben. Auch der Steuerherbeher will zum 1. April von seinem Amte zurücktreten. Ferner wurde beschlossen, dem Hilfsstellenvorsteher für seine Leistungen eine entsprechende Entschädigung zu gewähren, um ein Eingehen der Hilfsstelle und des Fernsprechverkehrs zu vermeiden. Unter Fallenlassen der bisherigen Gewerbesteuerordnung wurde beschlossen, auf ein Anschreiben des Kreisausschusses, eine Gewerbesteuerordnung auf einer neuen Basis einzuführen, und zwar soll das Gewerbekapital nicht die Schlußnummerziffer als Grundage dienen. Die Steuer soll in verschiedenen Abstufungen nach den geschehenen Veranlagungen erhoben werden, wobei auch die Hundertsätze festgelegt wurden. Die Erhebung soll nicht durch Vorauszahlungen, sondern je am 15. des zweiten Quartalsmonates im Jahre erfolgen. Das Fischereigewerbe erübrigt sich bei der Fischarmut von selbst. Die Zuschläge für die Gemeindesteuern sollen später noch bei vollen Errechnung des Steuersolls festgelegt werden. Ferner wurde beschlossen, die Neuanpflanzungen von Pappeln im Auengelände baldmöglichst noch gegen Wildschaden zu schützen. Auch eine Armenunterstützung fand noch ihre Erledigung.

§ **Aus der Elster- und Luppeaue,** 9. Jan. **Wildschaden.** Infolge der gewaltigen Schneemassen, welche gefallen sind, hat das Wild außerordentlich zu leiden. Es nimmt daher nicht wunder, daß Hasen und Kaninchen durch Annagen der Neuanpflanzungen von Obst- und Nußbäumen erheblichen Schaden anrichten, wenn letztere nicht durch Drahtgitter oder Dorneinfassungen genügend geschützt sind. Im hiesigen Auengelände ist jetzt verschiedentlich derartiger Schaden zu verzeichnen. Da die Flüsse fast gänzlich zugefroren sind, dringt das hungernde Wild bis an die Gärten der Vorstädte, um den Hunger zu stillen. Junge Rehwild dürfte mehrfach dem Untergange geweiht sein, wenn nicht ausreichende Fütterungen stattfinden.

§ **Dieskau,** 9. Jan. Bei der in vergangener Woche von Assessor v. Bülow auf seinem Jagdgebiete in hiesiger Flur veranstalteten Treibjagd wurden von 17 Jägern insgesamt 285 Hasen zur Strecke gebracht. Hinreichender Bestand verblieb, da schon vor Zusammenschluß der Schützenkette zahlreiche Hasen sich nach den Grenzmarken in Sicherheit brachten.

§ **Döllnitz,** 9. Jan. Hier wurde kürzlich in der Elster die Leiche einer älteren Frauensperson geländet. Die Ermittelungen haben ergeben, daß es sich um eine alte gebürtige 86jährige Witwe handelt, welche in Pritzschena bei Verwandten zum Besuche weilte und jedenfalls in einem Anfalle von Schwermut den Freitod gefunden hat.

§ **Pritzschena,** 9. Jan. Bei der kürzlich von den Jagdinteressenten der hiesigen Gemeindeflur veranstalteten Nachjagd wurden in den einzelnen Treiben insgesamt 16 Hasen zur Strecke gebracht. Bei der Hauptjagd wurden 28 Stück erlegt.

§ **Großgräfenhain,** 9. Jan. Am Sonnabend den 5. d. M. wurde die Jagd der Gemeinden Großgräfenhain und Rahna im Grollschen Lokale verpachtet. Eine große Anzahl von Jagdliebhabern aus der Umgegend und aus Leipzig waren erschienen. Für die Jagd der Flur Großgräfenhain in Größe von ca. 2300 Morgen war das Höchstgebot 5650 ℳ. Die Jagd der Flur Rahna mit ca. 800 Morgen erbrachte 3500 ℳ. Der Zuschlag wird im Laufe von 14 Tagen erteilt.

Gerichtsverhandlungen.

Der Einbruch auf Rittergut Lochau.

Strafkammer Halle.

Fünf Arbeitsloße kamen am Spätabend des 12. Oktober auf den Gedanken, dem Rittergut Lochau einen Besuch abzustatten. Auf dem Hofe angekommen, verlichten sie, an den Schafstall zu gelangen. Die verschlossene Tür wehrte ihnen den Eintritt. Da tat einer der nächtlichen Eindringlinge, Max Ebring — ein unverschlossenes Fenster, das nur durch ein eisernes Kreuz geschützt war. Er brach das Kreuz heraus, ein anderer, Wagner, stieg ein, öffnete die Tür von innen; und nun nahmen die fünf Gesellen vier Hammel in ihre Mitte und brachten sie nach der Wohnung von M. Ebring, woselbst ein großes Hammelschlachtefest stattfand mit nachfolgender Verteilung der Beute. Auf einen der Täter, Visser lenkte sich zuerst der Verdacht. Auf die Frage des ihn vernehmenden Wachtmeisters, wie der Hammelbraten geschmeckt habe, gab er zunächst eine ausweichende Antwort, wurde aber später gegen den Beamten handgreiflich und bedrohte ihn sogar mit einem Beil.

Nun standen die fünf Hammelschlächter vor der Strafkammer, des schweren Einbruchsdiebstahls angeklagt. Alle fünf Angeklagten gestanden ihre Tat ein und gaben an, in Not gewesen zu sein. Das Gericht erkannte eine gewisse Notlage an, bewilligte auch den Vorbestraten Angeklagten Visser, Wagner und Lehmer mildernde Umstände und verurteilte Max Ebring zu 7 Monaten Gefängnis, Willy Ebring zu 6 Monaten Gefängnis, Franz Visser zu 1 Jahr 2 Monaten, Edm. Wagner zu 1 Jahr und Willy Lehmler zu 7 Monaten Gefängnis.

Vermischte Nachrichten.

Großfeuer in den Londoner Docks.

London, 8. Jan. (WTB.) In den Londoner Docks ist ein großes Lagerhaus mit Kontischuk, Tee und anderen brennbaren Produkten in Brand geraten. 70 Feuerwehrleute waren in Tätigkeit, um ein übergreifen des Feuers auf die benachbarten Holzlagerplätze und Petroleumdepots zu verhindern. Ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der Schaden ist sehr hoch. Der Brand ist der größte Hafenbrand, der sich seit einem halben Jahrhundert in London ereignet hat.

* **Der Ostasien-Dienst des Norddeutschen Lloyd** wird von jetzt ab eine neue Verstärkung erhalten durch die Dampfer „Derfflinger", „Coblenz" und „Trier". Dampfer „Derfflinger" wird am 12. Januar 1924 in Hamburg abgefertigt werden, während die Dampfer „Coblenz" und „Trier", die zurzeit auf der Werft der Aktien-Gesellschaft „Weser" in Gröpelingen ihrer Vollendung entgegengehen, am 9. Februar bezw. am 5. April die erste Reise nach dem fernen Osten antreten werden. Alle drei Schiffe bieten den Reisenden sowohl in der Kajüte als auch in der Mittelklasse besondere Bequemlichkeiten. Dampfer „Derfflinger" war bereits vor dem Kriege als Reichspostdampfer im Ostasien-Dienst des Norddeutschen Lloyd beschäftigt und hatte sich schon damals der besonderen Beliebtheit seiner Fahrgäste zu erfreuen. Die Einrichtungen des Schiffes sind bekanntlich im letzten Sommer gründlich überholt und erneuert worden, so daß der Dampfer in seinen Einrichtungen nach seiner Richtung hin denen der neuen Schiffe „Saarbrücken", „Coblenz" und „Trier" nachsteht. Da die Passagierdampfer des Norddeutschen Lloyd Genua anlaufen, bietet sich solchen Personen, die eine kurze angenehme Seereise zur Erholung unternehmen wollen, die beste Gelegenheit, diese Schiffe zu einer Fahrt nach Italien zu benutzen. Der Fahrpreis von Hamburg bis Genua beträgt 16 englische Pfund.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0003

Von der Herberge zum Grand Hotel.

Von Alexander von Gleichen-Rußwurm.

Einen der merkwürdigsten Querschnitte der Kulturgeschichte gibt eine Betrachtung über die außerordentliche Veränderung im Wesen, Aussehen und in der Bedeutung, die das Wirtshausleben im Laufe der Jahrhunderte erlitten hat. Sein Einfluß auf den Charakter und die Sitten einer Zeit ist viel wichtiger und einschneidender, als man gewöhnlich annimmt. Daher läßt sich eine Parallelentwicklung feststellen zwischen dem eigentlichen Wirtshaus, der Herberge, worin der Fremde ein Nachtlager erhält, und der Schankwirtschaft oder Gastküche, wo nur Trank und Imbiß zur Wegzehrung gereicht werden. Ersteres entwickelte sich von der mittelalterlichen Herberge, oft einer behenklichen Spelunke und Räuberhöhle, langsam zu dem behaglichen Gasthof mit einladend wirkendem Schild, vor dessen Tor die gelbe Postkutsche zur Erlösung der Reisenden nach langer Tagfahrt endlich hielt. Sie empfängt eine freundliche, saubere Wirtin, ein schmunzelnd geschwätziger Wirt seine Gäste.

Welcher Unterschied zwischen der uralten „Absteige", wo nach einer italienischen Novelle der Wirt auf die Beschwerde des Reisenden, er hätte keine weichen (d. h. reinen) Bettücher erhalten, mit der Frage geantwortet, ob sie etwa blau, rot oder grün gewesen seien, und jener zierlichen „Locanda" des 16. Jahrhunderts, wo Goldonis schöne Locandiera den bevorzugten Gästen selbst mit allerlei Grazie das frisch duftende Linnen bringt! Aber die persönlichen, gemütvollen Beziehungen zwischen den Wirtsleuten und ihren Gästen, die dem Gasthausleben der jüngst vergangenen Jahrhunderte einen gewissen Reiz verliehen, verschwanden mit mancher Gemütlichkeit, um dem unwirtlichen, doch großartigen Getriebe moderner Hotels Platz zu machen.

Manches, was früher in Klöstern und Gasthäusern patriarchalisch die Fremden vereinte, zusammenhielt und einander näherbrachte, fiel dem zunehmenden Verkehr zum Opfer. Menschen, Stände und Berufskreise schließen sich heute, wo man bestrebt ist, alte sozialen Schranken fallen zu lassen, immer strenger voneinander ab. Die „table d'hôte", ein letzter Rest der urtümlichen Gepflogenheiten, am langen Wirtstisch schnell und zwanglos Bekanntschaften anzuknüpfen, erhält sich noch in Pensionen und Provinzhotels. Sonst hat sich der Fremde vollständig von dem Mitreisenden abgelöst. Er sitzt einsam und korrekt am kleinen Tisch, der korrekten Kellnerschar gegenüber. Er muß sehr mutig oder ein Russe mit unwiderstehlichem Drang zur Konversation sein, einen dieser korrekten Angestellten in ein Gespräch zu verwickeln.

Im Mittelalter war die Gastlichkeit des Klosters ein sehr wichtiger Kulturfaktor. An den großen Pilgerstraßen fanden sich Stationen, wo geistliche Herren, das Pflegeamt des Herbergsvaters führten. Hier vereinigten sich, wie in besonderen Sammelbecken, dank den Erzählungen der verschiedengearteten Pilger, mannigfaltige, lebendig gestaltete Sagen, Märchen und halbgeschichtliche Berichte aus Vergangenheit und Gegenwart. Die Buntheit, chronologische Unmöglichkeit und Merkwürdigkeit der poetischen Überlieferung aus der frühen Periode europäischer Kultur ist hauptsächlich jenen urtümlichen Pilgerherbergen zuzuschreiben, die Fremden aller Länder zur Rast dienten. Dort pflegten sie ihre Wunden, warteten besseres Reisewetter ab und vertrieben sich mit der übrigen Reisegesellschaft die Zeit durch Erzählen und Fabulieren. Auch Künstler, Dichter und Spaßmacher fanden sich gern ein und wußten bei der spärlichen Besuchtung die Abende zu kürzen. Mancher unter den gastlichen Mönchen war selbst Bonivivant, feinem Scherz und feiner Anekdote abgeneigt. Man unterhielt sich um so besser und ungenierter, da der Wallfahrtsort, das Reiseziel der meisten, ein großes Reinemachen aller etwa auf Reisen begangener Sünden versprach. Chaucers „Canterbury tales" haben die geistige Unterhaltung auf den üblichen Pilgerfahrten getreulich gespiegelt. Unter anderem erfahren wir aus seinen Erzählungen, daß England schon im 14. Jahrhundert gute Fischmatzeen schätzte. Darüber gibt der Bericht einer Äbtissin Aufschluß. Sie ist freilich eine etwas affektierte Dame und spricht lieber französisch als englisch, obwohl ihre französischen Kenntnisse nicht zum Besten sind. Die derbe, rein männliche Geselligkeit der Wirtshäuser hat Shakespeare in den Falstaffszenen geschildert. Damen sind hier natürlich ausgeschlossen, nur die flinke Wirtin und einige lüstrische Kammerzimmer stellen das Gegenweibliche dar. Der ganze Ton ist derbsch. Es wird fest getrunken und handfest gespaßt. Prozenheim unfreiwillig komisch wirkender Pathos an mancher uralten, aus dem Mittelalter stammenden Gepflogenheit fehlbiet, daß es in einigen Wiener Hotels einen „komischen" Oberkellner geben mußte. Dieser Mann erzählte bei der Abrechnung allerlei sog. „Spaßetteln", trällerte, pfiff, kurz, war ein richtiger Abkömmling des Spaßmachers von einst.

Die Steigerung von Luxus und Bequemlichkeit, die vor dem Krieg das internationale Hotel auszeichnete, mußte entschädigen für den Verlust an geistig regem und sinnlich anregendem Verkehr, an Phantasie und Humor.

Da Humor, Ausgelassenheit, Geist und Keckheit längst nicht mehr in das vornehme und stilvolle Hotel mit seinen herrschaftlich korrekten Sitten und Gebräuchen paßten, suchten und fanden sie Zuflucht in den Ausläufern der alten Schenke, Taverne, Osteria, in den Kneipen, Cafés, Gastsälen verschiedenster Beschreibung. Aus diesem Urgrund erzog sich aber, verhältnismäßig erst vor kurzer Zeit, doch bereits einer eingehenden Biographie würdig, das Restaurant. Es ist eine Pariser Erfindung, hauptsächlich aus dem Bedürfnis stammend, mit der Halbwelt in verschwiegenen „Chambres séparées" fröhlich zu sein. In der Zeit des zweiten Kaiserreichs erlebte es seine heiße Blüte. Die Kronleuchtergirlanden, die sich in die vielumsprochenen Räume der damals elegantesten Restaurants in Europas Hauptstädten wagten, leben fort in der Gestalt jener Kameliendame, die Dumas' Stück bis heute auf der Bühne erhalten hat. Meist stand ein Pianino in den „Chambres séparées", denn es wurde darauf gerechnet, daß nach dem Champagnersoupper etwas Polka oder Walzer die Stimmung zu heben hatte. Ab und zu wagte sich eine „Cocodette", wie man jene auf der Grenze von Welt und Halbwelt sich herumtreibenden Damen nannte, herein, deren es auch heute manch eine geben soll, die von Hotel zu Hotel ihr elegant ausschendes und oft gar armseliges Leben schleppt in den lustigen Kreis, der erst langsam, ganz langsam von den wirklichen Damen erobert wurde. Früher hätten sie ein Restaurant überhaupt ebenmäßig betreten dürfen, wie im Theater ein Orchesterfauteuil neuhin. Wir wissen gar nicht, wie unbefangen unser Leben geworden ist im Vergleich zu der Zeit, da „Großvater die Großmutter nahm". Die moderne Art des feinen Gesellschaftslebens wirkt heute als angenehmes Ausspannen für die geschäftsgehetzte Menschheit. Seine Eleganz, die flatternde Buntheit sind nicht ohne Reiz und nicht ohne eine gewisse schaurige Großstadtpoesie. Doch mit Wehmut kann man bemerken, wie sehr das Äußerstes der Güte jetzt oft Große vermissen läßt. Bei noch so korrekter Bedienung fehlt jenen die Sicherheit des gesellsamen Lebens, die sich bedienen lassen, und bei allerteuersten Preisen herrscht billiger Witz und Klatsch, zieht durch die aczinungene, durch laute Musik fast unterdrückte Unterhaltung ein Geist der Unsicherheit, der ein Zeichen des modernen Lebens ist.

Wie die Räume, in denen sich der Betrieb abspielt, mit wechselnder Zeit ihr Gesicht verändern, so geschieht es auch mit den Menschen, die dort verkehren. Anders sind Torfahrt und Empfang, wo der Reiter abstieg oder die schwere Karosse und die Extrapost vorfuhren, und wo der Kraftwagen die Hupe ertönen läßt. Aber immer waren es Altmonarchen und Neureiche, die dem Treiben den Charakter geben, immer kam der Streit zwischen einst und jetzt am deutlichsten zum Ausdruck, wo der gesellschaftliche, oder vielmehr gesellschaftlich scheinende Verkehr unter Fremden sein Herz am lautesten schlagen ließ, in den Gaststätten der eleganten Welt. Liebesabenteuer spinnen sich an, wie einst und doch anders, Geschäfte und Schwindeleien werden eingeleitet, Rausch von der kleinen lokalen Berühmtheit bis zum internationalen Rattenkönig schädlichen Geschmacks, alles heraus sich um die weißgedeckten Tische, auf denen das Geschirr funkelt und der Luxus des heutigen Lebens sich am sichersten entfaltet. Hoffnung und Enttäuschung, affektierte Lustigkeit und beschauliche Abschiedsstimmung reinen Gewissens, die ganze Skala der Gefühle durchzittert den Raum. Bis die Lichter verlöschen, der letzte Frack eilig verschwindet und das Abwaschwasch die Stühle auf den Tisch zu stellen beginnt.

Aber oben in den Zimmern, wo der Teppich die Schritte dämpft, klingen noch leise Stimmen. Romane, die das Leben spielt, setzen Kapitel an Kapitel — jeder Raum hat wohl seine Geschichte und sein Erlebnis, wenn er auch noch so unversönlich aussieht und in der Flucht der Ereignisse nur kurze Weile zur Rast sieht. Das große Hotel ist ein Bild des Lebens: Kommen, flüchtiges Grüßen und Verweilen, seine Zeche zahlen (oder auch nicht) und Gehen.

Rechte und Pflichten Verlobter.

„Aus einem Verlöbnis kann nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden." Diese nüchterne Feststellung des BGB. hat für jene, die sich im freudigen Glauben an eine spätere Vermählung verloben, keine Gültigkeit. Sie denken nicht an gerichtliche Auseinandersetzungen, da sie das Verlöbnis im beiderseitigen Willen zur dauernden Vereinigung eingehen und moralisch auch gegenseitig an ihr Wort gebunden sind.

Nach dem Gesetz hat freilich der oder die Verlobte kein Recht, den anderen Teil zur Ehe durch gerichtliches Urteil zwingen zu wollen. Selbst bei unterbliebener Eheschließung kann keinesfalls auf Entschädigung Anspruch erhoben werden, sobald triftige Gründe gegen eine spätere Eheschließung vorgebracht werden können. Bei grundlosem Verlöbnisbruch dagegen, sei es, daß der eine Teil wankelmütig ist, sei es, daß bekuntete Gründe einen Wandel der Gesinnung herbeiführten und was dergleichen mehr ist, kann mit Aussicht auf Erfolg auf Erstattung aller durch die Verlobung entstandenen Unkosten geklagt werden.

In den meisten Fällen werden es die Braut oder deren Eltern sein, die sich an den „verflossenen" Schwiegersohn mit ihren Ansprüchen wenden und diese gerichtlich durchzusetzen versuchen. In seltenereren Fällen wird der Bräutigam auf einen Schadenersatz gegenüber seiner ehemaligen Verlobten oder deren Eltern dringen. Für alle Aufwendungen nämlich, d. h. die Braut oder deren Eltern mit Rücksicht auf die spätere Ehe der Verlobten machten, z. B. Ausstattung beschaffen, Wohnung mieten, Hochzeitsvorbereitungen treffen, ist der Bräutigam schadenersatzpflichtig. Das gleiche gilt für den Verlust, der der Braut entstand, wenn sie eine gut entlohnte Stellung der baldigen Eheschließung wegen aufsagt oder eine reiche Partie ausschlug.

Sie hat ihm freilich auch ihrerseits alles das zurückzugeben, was er ihr zur Bekräftigung des Verlöbnisses schenkte: den Verlobungsring, alle Geschenke und natürlich auch die Briefe. Am sichersten würden sich freilich die Verlobten vor Unfällen in dieser Hinsicht und womöglich späteren üblen Folgen also „offenherzige" verfaßter Briefe hüten, wenn sie von Beginn des Briefwechsels an diese numerieren, also die restlose Rückgabe an Hand der fortlaufenden Ziffern feststellen können.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volksmirtschaft, Vermischtes und Sport; Karl Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramm, Berlin-Wilmersdorf, Landshuter Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Möbl. Zimmer, auch ohne Möbel, sucht älterer, alleinstehender Herr, besserer Beamter, sofort od. später, evtl. mit Pension. Betten und Wäsche vorh. Angebote unter 625 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kaufmann s. p. sof. od. spät. einf. möbl. **Zimmer** Nähe d. Bahnhofs od. Mitte d. Stadt. Bettw. kann gestellt werden. Ang. unter 628 an die Exped.

500 Gold-Mark geg. Zinsen u. Grundstücksicherh. auf 1 Jahr sof. gesucht. Ang. u. 624 a. d. Exp. d. Bl.

2 Paar Schlittschuhe Nr. 22 u. 26, zu verkaufen Knaben-Mittelschule.

Kleine Schweine verkauft Creypau Nr. 4.

2 Läuferschweine à Stck. 1 Ztr. schwer, zu verk. Kötzschen, Naumbg. Str. 63c

Futterschwein von dreien die Wahl, verkauft Merkel, Schkopau.

1800 Stck. neue Mauersteine pro Tsd. 26 Goldm. zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Einen Posten **Chaiselongues** verkauft wegen Raummangel äußerst preiswert **P. Harnisch,** Dekorate 1.

Nationalkassen kauft gegen meistbietendes Geld nach Nummernangabe. **E. Mittwoch,** Berlin-Charlottenburg, Friedbergstr. 26.

Nach drei Jahre langen Marterqualen starb heute abend 8 Uhr unsere liebe, herzensgute, treusorgende Mutter, Gross- und Schwiegermutter

Frau verw. Zimmermeister
Henriette Senf
geb. Ohme.

Dies zeigen tiefbetrübt an:
Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 9. Jan. 1924.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerh. Lindenstr. 3, aus statt.

Plötzlich und unerwartet wurde uns unsere über alles geliebte Mutter, Schwieger- und Grossmutter,

Frau Ww.
Margarete Soult
geb. Lange

aus einem arbeitsreichen Leben im 48. Lebensjahre in die Ewigkeit gerufen!

Die tieftrauernden Kinder.

Potsdam, den 5. Januar 1924.
Neue Königsstr. 30.

Steuernotverordnung
Beratung u. Bearbeitung des gesamten Steuerkomplexes für gewerbl., kaufm., indust. u. landw. Betriebe.
Goldmarkbilanzen / Vermögenssteuererklärungen.
W. Paszkowski, Bücherrevisor, Merseburg, Poststellstr. 79

Heute Schlachtefest
Wurst billiger!
Trettin, Bahnhofstraße Nr. 10.

Villa in Dürrenberg,
5×6 Zimmer, Küche und Bad, Garten mit 18 Obstbäumen, elektr. Licht und Kraft, Gas und Wasserleitung, eine Wohnung gute Tausch freiwerdend, sofort zu verkaufen.
A. Lindold, Dürrenberg, Kurhausstraße 3. Telefon 13.

Hallesches Kunstleben.
Stadt-Theater Halle.
Mittwoch, 9. Jan., abends 7½ Uhr: Die lustigen Weiber. Oper v. Nicolai.
Donnerstag, 10. Jan., abds. 7½ Uhr: Minna von Barnhelm. Schauspiel von Lessing.
Freitag, 11. Jan., abends 7½ Uhr: Tote Augen. Oper von D'Albert.
Sonnabend, 12. Jan., abds. 7½ Uhr: Flachsmann als Erzieher. Lustspiel von O. Ernst.
Sonntag, 13. Jan. abends 7½ Uhr: Tote Augen. Oper von D'Albert.

Anmeldungen zum **Privat-Unterricht** in **Stenographie!** (Gabelsberger) können jederzeit im „Tivoli" abgegeben werden.

Dornwachen, vorzüglichstes Material zur Wegbefestigung, für Grottenbauten und dergl. werden in beliebiger Menge kostenfrei abgegeben vom **Salzamt Dürrenberg.** Auskunft erteilt der Gradiermeister.

Voranzeige!
B. B. Germania 1913
Wir machen hierm. auf unl. am Sonntag, den 13. Jan. stattfindenden **Maskenball** im „Kaffeeh Meukschau" höfl. aufmerksam. Ohne Karte kein Zutritt, selbige sind zu haben bei P. Schneider, Roßmarkt 23.
Der Vergnügungs-Ausschuß.

Gitarren- und Lauten-Unterricht für Kammer- u. Hausmusik erteilt gründlich **Amand Folten-Halle,** Gitarrelehr. Anmelde-Liste in der Stollberg'sch. Buchhdlg.

Turnverein Rothstein.
Nächste Turnstunde heute (Mittwoch) abd. Der Vorstand.

Morgen, Donnerstag, Schlachtefest
Rich. Tepper, Ob. Breitestraße 18.

Verein der Bäckergesellenschaft.
Gegr. 1888.
Unseren werten Mitgliedern, Freunden und Gönnern des Vereins zur besonderen Nachricht, daß unser diesjähriges geschlossenes
Kappenfest!
am Sonntag, den 13. Januar, von nachmittags 4 Uhr an im „Neuen Schützenhaus" stattfindet.
Ohne Karte kein Zutritt. Der Vorstand.
Karten sind in Empfang zu nehmen bei den Herren Hennecke, Zigarrengeschäft, Burgstr., Ellenberger, Neues Schützenhaus, Krause, Unteraltenburg 28, sowie beim Vereinsboten Steinemann, Delgrube 1

Klein-Kunst-Bühne Neues Schützenhaus
Neues Programm
Erste Künstler unter Mitwirkung der **Jazzband-Kapelle.**
Jeden abend 8 Uhr.

Arbeiter-Samariter-Bund
Am Mittwoch, den 9. Januar, abends ½8 Uhr beginnt unser
Kursus für erste Hilfeleistung und Krankenpflege.
Anmeldungen können bei Beginn des Kursus erfolgen im „Rest. zur Quelle", Saalstraße.
Der Vorstand.

D. H. V.
Heute Mittwoch, 9. 1. abends 8 Uhr Jahres-Hauptversammlg. in Beths Gesellschaftshs.

Pfälzerwald-Verein
Ortsgruppe Merseburg.
Der Lichtbildervortrag am 10. d. Mts. findet nicht im „Bergschlößchen", sondern in der „Goldenen Kugel", Ob. Breitestraße, statt. Beginn 8 Uhr. Der Vorstand.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Cafe täglich:
Original Wiener Schrammeltrio „Faust"
Bockbier

Alle Druckarbeiten für Handel u. Industrie
Massenauflagen. Werke, Prospekte, Rechnungen usw.
Schnellste Lieferung. — Preiswerte Ausführung.
Buchdruckerei Th. Rößner
Fernsprecher 466. — — — Kl. Ritterstrasse 3.

Suche zum 1. oder 15. Februar 1924 eine
Stelle als Kindergärtnerin
Alter 18 Jahre. Am liebsten Merseburg oder Umgebung. Gefl. Angebote an Paula Reiche, Eisleben, Kasselerstr. 58.

Wand-Kalender Stück 5 Pfg. nach vorrätig „Merseburger Korrespondent"

Junger **Bäcker-Geselle** zur Aushilfe für sof. ges. Bäckermeister Schulze, Weiße Mauer 11.

Bäcker-Lehrling für Ostern gesucht. **Fritz Engler,** Bäckerei und Konditorei, Schafstädt.

Aufwartung für Vormittagsstund. gesucht. Leuschfüdter Straße 29, pt.

Such. Schulmädchen für leichte Arbeit. Reiche Lehrerin. Weiße Mauer 30.

Saubere, ordentliche **Waschfrau** nach Neu-Rossen gesucht. Fahrt wird vergütet. Ang. u. 612 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Jg. Schuhmachergeselle sucht Stellung. Angebote unter 619 an die Expedition dieses Blattes.

Sucht. Weisnäherin ins Haus gesucht. Angeb. unter 617 an die Exped.

Briefmappe mit Inhalt abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben. Post Frankleben.

Anständ. Mädchen, 15 J. **sucht Stellung** in kleinem Haushalt. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0004

Rentenmark und Meinungsfreiheit.

Der in Börsendingen nicht bewanderte Zeitungsleser steht vor hundert Rätseln, wenn er sich gelegentlich im Finanzteil seiner Zeitung etwas umsieht. Da liest er als Überschrift zum Tagesbericht der Berliner Börse „Lustlos" oder „Gedrückte Stimmung", während er der Meinung ist, daß in weiten Schichten der schaffenden Bevölkerung sich die Empfindung des Wiederaufstehens und der schlichternen Lust hervorwagt. Und mit Recht trägt er sich, was das für eine Welt sei, in der die Freude der großen Volksmehrheit der Schmerz einer zahlenmäßig sehr kleinen Interessengruppe ist. Ja, die Sache ist noch viel komischer! Die vom Aufatmen des Volks Bedrückten haben das Recht, ihren Schmerz sozusagen amtlich abstempeln und in den Weltblättern verkünden zu lassen. Die Börsenherren melden einen „schwarzen Tag", indes die Hausfrau vor Freude darüber, daß sie nach langer Zeit wieder einmal ein Pfund Fett erstehen kann, außer sich ist.

Man hat sich im Laufe der Zeit mit dem Zwiespalt zwischen der Sprache des gewöhnlichen Lebens und der Dialektik der Börse abgefunden. Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, daß die Jubelhymnen der Börse in den schwärzesten Tagen der Markentwertung ein gefährlicher Stein des politischen und sozialen Anstoßes waren.

Seitdem wir nun die Rentenmark haben, spielt uns die Börse eine sehr gedämpfte Musik auf. Die Gründe dieser Trauer sind bekannt. Die für den Schutz der Währung verantwortlichen Männer des Reiches lassen sich aber von den Klagelidern der Börse nicht in Sicherheit wiegen. Der Finanzminister und der Reichswährungskommissar wissen ganz genau, daß die Spekulation nicht nur in den Nesseln sitzt, sondern auch auf der Lauer liegt. Und da die Spekulation international geartet ist, so heißt es, die Augen überall haben. Zuerst haben es die Währungsmanöver mit einem ganz schlauen Mittel versucht. Sie glaubten, die auf eine Billion stabilisierte Rentenmark mit einem niedrigen Neuyorker Dollarkurs in den Sumpf laden zu können. Hätte der Reichswährungskommissar sich damit amüsieren lassen und womöglich erwogen, ob das Verhältnis zwischen Dollar und Rentenmark nicht der Revision bedürftig sei, so konnte das ganz mühselig errichtete Gebäude des neuen Zahlungsmittels uns Wanten gebracht werden. Aber Dr. Schacht ließ sich nicht verblüffen. Er war auf solche Tricks gefaßt und hatte außerdem nicht vergessen, daß die Mark-Dollarnotierung, die täglich aus Neuyork gesunkt wird, seit einigen Monaten nur noch problematischen Wert besitzt. Dieser Kurs ist die Privatarbeit einer amerikanischen Maklergruppe, die, nachdem die Neuyorker Börse die Mark amtlich nicht mehr notiert, der spekulierenden Welt die Freude eines täglichen amerikanischen Papiermarktkurses bereitet.

Bei einer solchen Notierung können unkontrollierbare Einflüsse natürlich eine ganz andere Rolle spielen als bei einem amtlichen Kurs. Und Dr. Schacht mußte wahrlich keinen hohen Begriff von seinem Mut und von der auch von ihm mitgeschätzten Rentenmark haben, wenn er derartig durchsichtige Börsenmanöver an sie herankommen ließe.

In jüngster Zeit machen sich aber andere, weit gefährlichere Strömungen bemerkbar, die einen

geheimen Kampf gegen die Rentenmark

erkennen lassen. In Kreisen des Finanzministeriums verfolgt man mit großem Ernst die kritischen Finanz- und Börsenberichte gewisser weitverbreiteter Zeitungen und Zeitschriften, in denen ein höchst bedenklicher verkappter Kampf gegen die Rentenmark geführt wird. In der Regel sind es Abhandlungen über die Deckung und den Umsatz der zurzeit in Deutschland umlaufenden wertbeständigen Zahlungsmittel. In zahlreichen solcher Fälle ist festgestellt worden, daß die Verfasser mit sehr unzulänglichen Informationen, mitunter sogar mit falschen Unterlagen gearbeitet hatten und dabei zu einer die Rentenmark diskreditierenden Kritik dieses Zahlungsmittels gelangten. Dann kommt es auch vor, daß aus manchen Börsenberichten unverhüllt die Sehnsucht nach den „guten Zeiten" der Inflation spricht. Die Verfasser mögen sich nichts Schlimmes dabei denken, und die spezifische Gedankeneinstellung des Börsenjournalisten spielt dabei wohl auch eine Rolle, aber die Regierung hat unseres Erachtens vollkommen recht, wenn sie hinter solcher publizistischen Arbeit eine schwere Gefahr witert. Wir haben in unseren Leidensjahren den Nutzen und den Schaden der Stimmungen und der Verlautbarungen zur Genüge kennen gelernt. Gehen wir einer zügellosen Kritik die Möglichkeit, im Ausland Mißtrauen gegen die Rentenmark zu säen, so wird unser wirtschaftlicher und finanzieller Genesungsprozeß rasch in eine neue schwere Krankheit umschlagen.

Das ist doch der Sinn des Ausnahmezustandes, unter dem wir seit Monaten leben. Die verantwortlichen Männer des deutschen Volkes sollen die Möglichkeit besitzen, die Keime der Gesundung, die sie geschaffen haben, zu pflegen und zu fördern.

Vergessen wir nicht, daß wir in einer ungewöhnlichen Zeit leben, die ihr Gepräge schon bedurch erhält, daß das Volk seine Regierung ermächtigt hat, einige Monate ohne die Kontrolle, ohne die gesetzgeberische Mitarbeit des Parlaments zu wirken und zu schaffen. Wenn schon die verfassungsmäßig gewählten Vertreter des Volks sich den Mund für viele Wochen verbieten lassen, so sollte man auch einen amtlichen Ordnungsruf an skrupellose Journalisten noch überstehen!

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in Neuyork in der Schlußbörse 21—22 Cents nominell, in der Nachbörse 21—22½ Cents nominell. Dollarparität 4,7—4,4 Billionen.

*

Der Brand im Londoner Hafen ist erst gestern mittag gelöscht worden. Der Schaden übersteigt 200 000 Pfund Sterling. Das Kautschuklagerhaus, in dem der Brand ausgebrochen war, ist völlig zerstört.

*

Zwischen London und Chicago ist eine direkte telegraphische Verbindung hergestellt und in Betrieb genommen worden.

*

Nach dem L.A. hat die Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums gestern mit Zustimmung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmervertreter die Vorkriegsarbeitszeit für die gesamte Kalisindustrie wieder hergestellt.

*

Wie die W.B. aus München meldet, fand dort gestern eine Sitzung der vereinigten Reichstags- und Landtagsfraktionen der Bayerischen Volkspartei statt, in der Reichsjustizminister Emminger über die Lage im Reiche referierte.

*

Laut L.A. hat der Militärbefehlshaber des Wehrkreises 6 die freie Arbeiterunion verboten, da sie syndikalistische Ziele verfolge.

*

Die Blättermeldung, wonach der Hitler-Ludendorff-Prozeß außerhalb Münchens stattfinden soll, ist, wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Seite erfährt, unzutreffend.

*

Die Hamburger Bürgermeisterwahl, die durch den Tod des Bürgermeisters Dr. Diestel notwendig geworden ist, steht an diesem Mittwoch auf der Tagesordnung des Senats. Falls es am Mittwoch nicht zu einer erhöhtigen Beschlußfassung kommen sollte, erfolgt diese unter allen Umständen am Freitag. Auf der Kandidatenliste für den Bürgermeisterposten befindet sich bekanntlich auch der Vorsitzende des demokratischen Parteiausschusses Abgeordneter Senator Dr. Petersen.

Verfall unseres Schulwesens?

Aus Schulkreisen wird uns geschrieben:

Es regt sich im Volk der Widerstand gegen die schematische Art, mit der bei uns „Sparsamkeits"politik getrieben wird. Es ist auch wirklich allzu bequem, jeden Abbruch vom Etat, sei er auch noch so unsinnig, mit der „schrecklichen Finanzlage" des Reiches zu entschuldigen; aber es sieht fast so aus, als ob man überall einfach 50 oder 25 Prozent der Ausgaben auf allen Verwaltungsgebieten schematisch „abbaut", anstatt es sich zu überlegen, wo 60 oder 80, wo andererseits gar nichts oder nur Auswüchse beseitigt werden können und dürfen! Man habe ab, aber säge nicht bei kräftigsten Zweige des Baumes unserer Volksentwicklung herunter!

Gewiß muß überall, auch auf dem Gebiete des Bildungswesens, gespart werden; aber eine falsche Sparsamkeit wäre es, wollte man hier die schon jetzt herrschenden geradezu trostlosen Zustände durch Abbau noch verschlimmern. Wir alle hoffen doch auf die Zukunft, und diese Hoffnung ist unsere Jugend. Sie mit dem besten Rüstzeug für den ihrer harrenden furchtbar schweren Kampf um unsere Zukunft und in unserer Zukunft zu schaffen, ist oberste Pflicht nicht nur eines Kulturstaates, sondern jedes Staates überhaupt. Nun aber soll auch dort noch mehr als bisher „Sparsamkeits"politik getrieben werden, die nicht selten zur Sparschematorpolitik wäre.

Der preußische Kultusminister Dr. Boelitz hat jedoch zwar in einer Unterredung erklärt, er würde einer solchen Sparpolitik, die auf Kosten der Substanz des Bildungswesens gehe, niemals seine Zustimmung geben, hat vielmehr eine Vertiefung der Bildung als das Ziel seiner Arbeit aufgestellt. Aber er fürchtet doch die Sparpolitik an, und sieht er nicht schon heute, daß er erstes haben, läßt das Schlimmste befürchten. Überfüllung von Klassen durch Zusammenlegungen, Fortfall aller Hilfsmittel für den Unterricht so weit, daß die Eltern oder die Schulgemeinschaften diese Hilfsmittel, sogar Tinte, Schwamm und Kreide stiften müssen, ja bis zur Instandhaltung der Schulgebäude durch Eltern fällt, Lehrer, die so gut wie gar nicht aufgezählt, oder auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebende Momente. Von der Stagnation des wissenschaftlichen Betriebes auf den Universitäten gar nicht zu reden. Der Minister bestreitet es, daß man eine Gefährdung der kulturellen Lebensgrundlagen unseres Volkes zu besorgen brauche. Diese Sorge haben aber nachgerade alle Eltern. Und diese Sorge wird nicht beseitigt, sondern vermehrt, wenn der Minister jetzt eine Erhöhung — wenn auch nur eine „mäßige" — der Klassenfrequenz, wenn er — und das ist das Schlimmste — auf der anderen Seite eine Herabsetzung der Wochenstundenzahl für die Schüler der höheren Lehranstalten ausführt. Wie soll man bei solchen Ankündigungen noch an die versprochene Verinnerlichung der Bildung glauben, wenn der Lehrer vor einer Klasse mit 70 Schülern nicht Naturkunde, ist besonders für die Schule der alte lateinische Grundsatz: multum, sed non multa, also: vieles, aber nicht viele Dinge, — aber jeden Tag möchte der Umfang des Wissensnotwendigen. Doch wir vermindern die Stundenzahl; da glauben wir nicht an eine Hebung der Leistungsfähigkeit der Schule. Der Kriegsfall Zeitschriften von Lehrern aus der Schule heraus: oft war der Ersatz nur unzulänglich. In der Nachkriegszeit führten allerhand Schwierigkeiten zu wochen- zu monatelangen Unterbrechungen des Schulbetriebes. Während die Schulen aus Kohlenmangel geschlossen werden mußten, hat wohl keine andere „Behörde" deswegen ihr Büro zugemacht, weil ihr die Kosten zur Heizung fehlten. Wir wollen uns doch nichts vormachen: der Bildungsstand unserer Jugend ist ebenso gesunken wie ihre moralischen Qualitäten. Das ist nicht die Schuld der „Alten", zu dessen Jugendzeiten es besser war. Also: baut ab, wo ihr wollt; aber baut nicht ab auf dem Gebiet des Bildungswesens, sondern baut dort wieder auf!

Preußen hat in den Jahren seiner tiefsten politischen Erniedrigung und unerhörtesten finanziellen Druckes die Universität Berlin gegründet. Das war 1910. Und jetzt?

F. R.

Der drohende Staatsbankerott.

Aus einer Rede Mirabeaus.

Die katastrophale Lage, in die im Gefolge des verlorenen Krieges die Finanzen des Deutschen Reiches geraten sind, und der uns auf den Nägeln brennende Zwang, durch außergewöhnliche Steueropfer einen drohenden Bankerott unseres gesamten Staatswesens zu verhüten, erinnert, wie die „Frankfurter Zeitung" schreibt, in vielen verschiedenen Einzelheiten und Erscheinungsformen an die verhängnisvolle finanzielle Situation, in der sich Frankreich nach dem ersten großen Siege der Revolution von 1798 befand. als der von Ludwig XVI. berufene Finanzminister Necker sich vergeblich bemühte, Ordnung in die Finanzen zu bringen, die ebenso sehr durch die vorausgegangene jahrelange Mißwirtschaft wie durch den Zusammenbruch des alten, beim Volke jeglichem Steuerertrag zerrüttet waren. Infolge des Mißlingens der beiden unteren Ansehen von 1789 bedrohte der „schmähliche Bankrott" das Land, das soeben die Menschen- und Bürgerrechte erklärt und sich eine Konstitution gegeben hatte. Nunmehr schlug Necker eine außerordentliche Maßnahme vor, um sofort die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen: die „patriotische Steuer" in der Höhe eines Viertels des Einkommens (quart de revenu), die am 6. Oktober 1789 ausgeschrieben wurde und von allen Bürgern, die ein Einkommen über 400 Livres hatten, erhoben werden sollte. Aber die Anstrengungen der mit der Erhebung betrauten Verwaltungsstellen scheiterten an dem schlechten Willen oder der Zahlungsunfähigkeit der Steuerpflichtigen, so daß sich die Assemblée nationale später gezwungen sah, die amtliche Einschätzung aller derjenigen anzuordnen, die kein Steuerbekenntnis abgegeben hatten. Daneben wurde noch eine andere Maßnahme beschlossen, die ursprünglich vor allem fiskalisch gedacht, höchst wichtige soziale und wirtschaftliche Folgen haben sollte: der Verkauf der Nationalgüter.

In den Redekampf, den die bisher geplanten Steuereingriffe in der verfassungebenden Versammlung entfachten, griff der stimmgewaltige Vertreter des dritten Standes Graf Mirabeau entscheidend ein durch eine berühmt gewordene Rede, in der er seinen Volksgenossen den drohenden Staatsbankrott in grellen Farben vor Augen führte:

„Meine Freunde," so sagte er, „hört nur ein Wort noch, ein einziges Wort: Zwei Jahrhunderte der Erpressung und Räuberei haben einen tiefen Abgrund gegraben, der das Königreich zu verschlingen droht. Man muß ihn auffüllen, diesen erschrecklichen Abgrund; wohlan! Hier ist die Liste der Besitzenden in Frankreich; wählt die reichsten aus, damit Ihr nur möglichst wenig Bürger zu opfern braucht. Aber wählt sie aus; denn sollte nicht besser eine kleine Anzahl unterogehen, damit die große Masse des Volkes gerettet werde? Ans Werk! Diese 2000 Notabeln besitzen so viel, daß das Defizit damit getilgt werden kann. Bringt wieder Ordnung in Eure Finanzen und damit Frieden und Wohlstand ins Reich; bringt also ohne Erbarmen diese Gezeichneten zum Opfer, weist sie in den Abgrund, und er wird sich schließen . . . . Ihr weicht voll Entsetzen zurück? . . . Inkonsequente und kleinmütige Menschen, die Ihr seid! Ho, seht Ihr denn nicht, daß Ihr, indem Ihr den Bankrott erklärt, aber, was noch schrecklicher ist, indem Ihr ihn unvermeidlich macht, ohne ihn zu erklären, daß Ihr Euch mit einer Tat besudelt, die tausendmal verbrecherischer ist und dazu ein zugleich grausames, wie sofes Verbrechen? Denn kurz und gut, dieses Euch abscheulich dünkende Opfer würde wenigstens das Defizit verschwinden machen. Aber glaubt Ihr denn, daß Ihr, weil Ihr nichts bezahlt habt, keine Schulden mehr haben werdet? Glaubt Ihr, daß die Tausende, daß die Millionen Menschen, die in einem Augenblick durch die schreckliche Explosion oder ihre Gegenschläge alles verlieren werden, was die Tröstung ihres Lebens ausmachte und vielleicht ihre einzigen Subsistenzmittel darstellte, Euch friedlich Euer Verbrechen hingehen lassen werden?

Wollt Ihr mit stoischer Ruhe die unberechenbaren Leiden ansehen, die diese Katastrophe über Frankreich ausgießen wird, indem Ihr, kühle Egoisten, die Ihr seid, vermeint, daß diese Zuckungen des Elends und der Verzweiflung vorübergehen werden, wie so vieles andere vorübergegangen ist, und um so rascher, je heftiger sie sein werden? Seid Ihr auch wohl dessen sicher, daß so viele Menschen,

Börsenfieber.

Ein zeitgemäßer Roman von Olfrid von Hanstein.

13. Fortsetzung.

„Wieviel ist's gar Schwindsucht — ich bin wirklich in Sorge — denk' dir — ein schwindsüchtiger Mann und unsere Lene —"

„Nein, Erwin — so denkt du ja selbst nicht — natürlich mußt du am Sonnabend hinausfahren!"

„Da hast du recht — das will ich auch — freilich, das Geld —"

„Unsinn, wenn's dem armen Jungen gilt —"

„Dann kann ich auch mit dem Arzt reden."

Krause fühlte, daß Hede jetzt ganz voller Mitleid war und sagte nichts. Die Reise war das beste — er würde ja hören, was der Professor sagte.

Natürlich erfuhr Lene nichts, und man gab vor, der Doktor müsse über Sonntag zu einer Lehrerkonferenz.

Die nächsten Schultage schmeckten gar nicht. Dr. Krause hatte sich niemals so schwer wieder eingewöhnt und war ein ganz anderer geworden. Sonst war er von einer unglaublichen Geduld — jetzt — wenn ihn die Bengel ärgerten, kam ihm immer wieder der Gedanke: „Habe ich das nötig? Bin ich nicht ein Mann von hunderttausendundzwanzigtausend Mark?"

Sobald die Schule aus war, rannte er zum nächsten Zeitungsstand und kaufte ein Börsenblatt. Immer nur ein Blick auf den Kurszettel — er war so bressiert, daß er die Zeile sogleich sah: „Dieser Erdöl — 520."

Er schmunzelte zufrieden und steckte die Zeitung ungelesen ein. Gab es bis zwei Uhr Unterricht, dann pflegte er um eine Uhr schnell einen Nippen zu schicken — stand der Kurs höher, dann war er in der letzten Stunde guter Laune — war er gesunken — er schwankte fast täglich —, dann war er nervös.

Sonntag ganz früh erschien er unvermutet in der Greifswalder Klinik. Alleos lag auf dem Balkon in einem Liegestuhl.

„Aber, Papa — ?"

„Ich muß doch einmal sehen —"

„Woher weißt du denn — ?"

„Vom Direktor!"

„Auch Lene ?"

„Nein!"

„Gott sei Dank! Aber lieb ist es von dir, Papa, sehr lieb — machst du die teure Reise meinetwegen."

Die Dankbarkeit, die aus Alosys Augen sprach, war ihm peinlich. Er fand einen Vorwand, den Professor bei seiner Visite abzufangen.

„Ich bitte Sie, Herr Professor — Herr Schimmelmann ist mit meiner Tochter heimlich verlobt — haben Sie mir die volle Wahrheit —"

Der Professor lächelte. „Ist gar nicht so schlimm. Sehr stark ist die Lunge nicht — er ist zu rasch aufgeschossen und schlecht genährt, dazu wohl zu schwere körperliche Arbeit jetzt auf dem Gut, da platzt so ein Gefäß —"

„Ich meine — wenn etwa Anlage zur Schwindsucht — ich muß doch an meine Tochter denken —"

„Keine Sorge — von Schwindsucht gar kein Gedanke. Muß nur ausheilen — und dann ein paar Monate Vorsicht, — Glückliche Reise, Herr Doktor! — Wegen der paar Tropfen Blut kann er hundert Jahre alt werden und ein Dutzend gesunde Kinder kriegen. Sagen Sie Ihrer Tochter gar nichts! — Übrigens, — ein wirklicher Schatz! Nur immer dieser Sorge, daß seine Braut sich ängstigt! Ich habe ihn ordentlich liebgewonnen!"

Der Professor nickte ihm noch einmal zu und ging in ein Krankenzimmer. Dr. Krause konnte sich nicht verhehlen, daß er ein Gefühl der Entlastung hatte.

Als er am Montag früh heimkam — er hatte natürlich keine Zeit zum Ausschlafen und mußte gleich zur Schule —, sagte er zu Hede: „Immerhin — wir müssen abwarten — ich treue der Sache nicht."

Direktor Sonnenscher aber freute sich, als er hörte, daß Krause in Greifswald war. „Er ist doch besser, als ich dachte!"

Krause bekam auch eine Besoldung, denn Erdöl stand 500.

Wie ihn doch dieses ewige Neulen war! Sonst hatte er es als selbstverständlich empfunden — jetzt ertappte er sich darüber, daß er immerfort nachrechnete: Wenn sie 1000 stehen, habe ich eine Viertelmillion — macht bei solcher Valuta immer noch zehntausend Mark, davon gehen tausend Mark Kapitalertragssteuer ab — bleiben neuntausend. Das ist zu wenig zum Leben — ich muß mehr haben."

Mittwoch war die Börse sehr flau — wieder irgendein politischer Schreck — auch Erdöl stand auf 500.

Krause rannte zu Schlossinger — er hatte an diesem Tage nur bis zwölf Uhr Unterricht.

„Herr Schlossinger ist gar kein Börse."

„Kann man ihn dort sprechen?"

„Wenn's dringend ist. Aber kann ich nicht —"

Der Prokurist sah ihn forschend an; aber Krause war schon wieder draußen und wartete auf die Straßenbahn. Um halb eins war er da und ließ Schlossinger herausbitten — er erinnerte sich, niemals ein so großes Trinkgeld so leicht gegeben zu haben.

Schlossinger kam, kam und lachte, als er seinen roten Kopf sah. „Herrje, Doktor! Not wie ein Krebs! Wohl Hasland in Aktien wegen des kleinen Mißkonzerns? Fest wollen Sie natürlich schleunigst verkaufen, Sie Hochbeglückter? Ist ja ein paar Tagen wieder hoch!"

Krause nickte. „Weiß ich, weiß ich — will so auch die gute Gelegenheit benutzen und kaufen. Meinen Sie nicht?"

„Ja so!"

„Oder —"

„Doktor, Sie machen sich."

„Meinen Sie nicht — ?"

„Allemal. Wieviel denn?"

„Zehntausend."

„Donnerwetter — haben Sie Mut bekommen!"

„Alles nicht gut?"

„Gewiß nicht! Ich's Ihnen. Aber wie konnte ich denken, daß Sie solche Kopfkeilerei machen?"

„Wie steht's denn jetzt?"

„Noch etwas zurückgegangen — 480."

„Wird's noch weiter sinken?"

„Gewiß nicht."

„Also, — kaufen Sie Zehntausend!"

„Sachen nichts Schlossinger und verschwand."

Vier Tage später standen die Erdöl wieder sogar 580. Krause hatte in diesen Tagen in den Mittagsstunden gar keinen Sinn mehr für die Schule gehabt und war einmal sogar schon um Dreiviertel weggelaufen, um den Kurszettel zu sehen. Die Kollegen hatten Schulaufsätze machen — er schmunzelte sich nicht darum, daß die Jungen natürlich Fürsten aus der Direktor kam.

„Wo ist denn Dr. Krause?"

„Er mußte fort."

Der Direktor sagte nichts — auch am nächsten Tage nicht — bei einem so pflichtbewußten Lehrer wie Krause.

Der Doktor stand wieder in Schlossingers Büro

„Erdöl 580?"

„Famos!"

„Verkaufen Sie fünftausend!"

„Nanu!"

„Dreißig Aktien will ich als festen Stand halten — mit den anderen habe ich inzwischen fünftausend verdient, die will ich einfecken."

„Herrgott, Doktor — Sie machen sich!"

Der Kurs kletterte weiter und stand am Mittwoch Mittag 750.

Krause glaubte jetzt ganz fest an Tausend! Er las jeden Mittag den Kurszettel und quittierte den kleinen Anstieg mit dem Ausdruck der Selbstverständlichkeit.

Dann kam plötzlich ein direkter Krach. Ein Artikel erschien, der die Werte schlecht machte. Sogar ein geologisches Gutachten, das behauptete, in Liebze könne nur Schmierölgewinnen werden, aber nie gutes Petroleum — diese habe auch enttäuscht.

Krause lief zu Schlossinger.

„Waaos ist das?"

„Ein Manöver der Amerikaner, den Kurs zu drücken und die Aktien billig an sich zu bringen."

„Habe ich mir gleich gedacht. Kaufen Sie dreißigtausend."

„Sie viel?"

„Natürlich! Ich muß verdienen. Ich will bei Ihnen vollkommen frei dastehen und die Aktien, die ich halten will, nicht mehr belasten."

Schlossinger rechnete nach: „Mit sechzig sind Sie bei mir belastet, dazu der letzte Kauf mit vierundzwanzigtausend — macht vierundachtzigtausend; davon gehen der Verdienst der Wiederabgestoßenen ab; bleiben also rund mit achtzigtausend belastet. Ihre dreißig Aktien haben bei dem heutigen Kurs von wieder 400 einen Wert von hunderteinundzwanzigtausend — der Kauf von dreißig weiteren Aktien belastet Sie abermals mit hundertsvierzigtausend — wäre also ein Minus von sechzigtausend. — Kaufen Sie weniger —"

„Herrgott! Sie glauben doch selbst, daß sie steigen!"

„Kaufen Sie fünf!"

„Nützt mir nichts; ich will alle Schulden bei Ihnen los sein — und das kann ich nur, wenn ich ordentlich kaufe. Ich will sie ja nicht behalten. Halten will ich nur die dreißigtausend; die anderen kosten mir ab, wenn sie Achthundert — nein — wenn sie Siebenhundert erreichen. Dann habe ich neuntausend Mark verdient, kann meine Schulden bei Ihnen vollkommen zahlen und habe noch zehntausend übrig."

Schlossinger überlegte. „Meinetwegen; aber Sie kaufen per Ultimo. Und wenn der Kurs bis dahin nicht entsprechend gestiegen ist, müssen wir eben von Ihren Aktien verkaufen, daß wir gedeckt sind."

Krause lachte nervös. „Jetzt sind Sie der Ängstliche!"

„Nur Ordnung im Geschäft."

„Also meinetwegen."

Jetzt hatte Krause doch schlaflose Nächte. Die Schule war ihm ein Greuel — wie konnte er an die gleichgültigen Formeln denken, die er den Bengeln eintrichtern sollte, wenn sein Vermögen auf dem Spiel stand. Auch hatte er ein böses Gewissen, denn zum erstenmal hatte er gegen Schlossingers Rat gehandelt.

Am nächsten Morgen war er eigentlich schon entschlossen, wieder zu verkaufen. Er verschmähte wieder die letzte Viertelstunde und rannte zum Kurszettel.

„Lieber Erdöl 590."

„Donnerwetter! Noch gesünkten! — Wollte er jetzt verkaufen, mußte er zehntausend zuzahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0005

die nicht ihr Brot über Nacht haben, Euch ruhig die Mahlzeiten essen lassen werden, die Ihr weder ihrer Zahl noch verringern, noch daß Ihr auf irgendeine Leckerei verzichten wollt. Nein, Ihr werdet zugrunde gehen; und in dem großen Brande, den Ihr ohne Zittern angezündet, wird der Verlust Eurer Ehre Euch nicht einen einzigen Eurer verächtlichen Genüsse retten. Dahin also treiben wir . . . Ich höre von **Patriotismus** reden, man beruft sich auf seinen Patriotismus und tut sich etwas zugute auf seinen patriotischen Schwung. Ach, prostituiert nicht die Worte Vaterland und Patriotismus. **Als sei es ein hochherziges Opfer, einen Teil seines Einkommens dahingegeben, um seinen Besitz zu retten!** Ach, meine Herren, es ist nur ein einfaches Rechenexempel, und wer da noch zaudert, der kann den allgemeinen Unwillen nur entwaffnen durch die Verachtung, die seine Dummheit einflößt.

Ja, meine Herren, es ist die gewöhnlichste Klugheit, die trivialste Weisheit, das größte eigene Interesse, das ich hier beschwöre. Ich sage Euch nicht mehr wie ehedem: Welchen Rechtstitel habt Ihr auf die Freiheit? Welche Mittel bleiben Euch, sie aufrecht zu erhalten, wenn Ihr beim ersten Schritt, den Ihr tut, über die schändlichsten Verdorbenheiten früherer Regierungen noch hinausschreitet? Ich sage Euch einfach: Ihr werdet alle in den allgemeinen Ruin hineingerissen und diejenigen, die in erster Linie interessiert sind an dem Opfer, das die Regierung von Euch fordert, das seid Ihr selbst! —

Stimmt also für die außergewöhnliche Steuer; stimmt dafür, **weil** die Umstände keinen Aufschub ertragen, und da Ihr die Verantwortung für jede verlorene Minute tragt. Hütet Euch davor, Bedenkzeit zu fordern! Das Unglück des Landes würde sie nicht bewilligen können. Ach, meine Herren, bei Gelegenheit eines lächerlichen Aufstandes, der nur in der schwachherzigen Einbildung oder in den perversen Wünschen einiger weniger Menschen wichtig genommen wurde, habt Ihr vor kurzem die aufreizendsten Worte gehört: „Catilina steht vor den Toren, und man berät noch!" und es waren wahrhaftig um uns herum weder Catilina, noch Gefahren, noch Parteien, noch Rom; aber heute steht der **Bankrott**, der schreckliche Bankrott vor der Tür; er droht alles zu verschlingen, Euern Besitz und Eure Ehre; und Ihr beratet noch!"

Weltgeschichte.

Von Kurt Kittel-Ammendorf.

Die historische Unbildung des deutschen Volkes, aus der sein Unverständnis für politische Dinge resultiert, ist im Weltgeschehen sein Unglück geworden. Die immanenten Weltanschauungsverschiebungen in der Innenpolitik, die Unklarheit, außenpolitische Probleme mit Gefühl zu meistern, sind die Folgen eines Regimes, das seine Aufgaben auf ganz anderem Gebiete und mit ganz anderen Mitteln zu lösen müssen glaubte. Die Geschichtswissenschaft weiß — ist sie frei von jeder Romantik und Gefühlsduselei — nach dem Tode Friedrichs des Großen nichts anderes als von einer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunehmenden seelischen Verödung des deutschen Menschen zu berichten. Selbst bürgerliche Politiker wie ein Dr. Stresemann haben dem deutschen Geschichtsunterricht den Vorwurf gemacht, daß er in der Verherrlichung der Kriege, Schlachten und Dynastien seine Aufgabe erfüllt gesehen habe, daß er die geistigen Strömungen und anderen historischen Faktoren ökonomischer und kultureller Art nicht gekannt und nicht gesehen hat. Das deutsche Volk steht mit der jämmerlichen historischen Bildung vor den Problemen unserer Zeit und ist demgemäß jeder Einflüsterung leichtfertiger Agitation zugänglich.

Wie schlimm es in der Tat damit steht, zeigen Erscheinungen, wie sie tagtäglich neu im deutschen Chaos auftauchen. Das Bild des wahrhaft einzig bedeutenden Hohenzollernkönigs Friedrichs des Großen wird gröblich entstellt. Das, was dieser große Staatsmann als Philosoph geschrieben, das, was er als ausgeprägter merkantilistischer Wirtschaftspolitiker geleistet hat, wird der Masse vorenthalten. Phraseure unserer Tage, die die deutsche Not zum parteipolitischen Geschäftsobjekt machen, lassen sich von üiten eigenen Journalisten mit einem Johann Gottlieb Fichte vergleichen und erzählen ihren Leuten nichts von dem großen Vorgänger des deutschen Sozialismus Fichte, der ein auch heute noch lesenswertes Buch über den geschlossenen Handelsstaat geschrieben hat. Diese Zustände fordern Beseitigung, will das deutsche Volk nicht in der Sticklust von Irreführung und Unwissenheit untergehen.

Aber ist diesem Volk der Deutschen, das draußen in der Welt als das der Denker und Dichter gilt, schon seine eigene Nationalgeschichte ein Buch mit sieben Siegeln, sich im Weltgeschehen zurechtzufinden ist ihm erst recht nicht möglich. Es ist aus diesem Grunde besonders zu begrüßen, daß — vielleicht noch im rechten Augenblick — ein Geschichtswerk des Engländers H. G. Wells über die Grundlinien der Weltgeschichte in deutscher Übersetzung zu erscheinen beginnt. Ein Experiment nennt der Verfasser sein Werk; eine literarische Tat sei es von uns genannt. Das großangelegte Werk ist der erste Versuch, die Geschichte als ein Ganzes, als eine Geschichte der Zeitalter, Massen und Nationen zu behandeln. Wie Wells, der es verstanden hat, eine Reihe hervorragender Mitarbeiter für sein Werk zu gewinnen, im Vorwort der deutschen Ausgabe betont, hat er das Buch für Laien geschrieben; es will aber mehr als ein interessanter Lesestoff sein. Wie notwendig es sei, die Kenntnis der wichtigsten geschichtlichen Tatsachen zum Gemeingut der ganzen Welt zu machen, bewiesen die tragischen Ereignisse der letzten Jahre offenkundig. „Die schnellen Verkehrsmöglichkeiten haben alle Menschen einander nähergebracht, im Guten wie im Bösen. Der Krieg wird zu einem Weltunheil, blind und ungeheuer ist seine Zerstörungswut, Bomben töten den Säugling in der Wiege, Schiffe mit Nahrungsmitteln für die Nichtkombattanten und Neutralen werden versenkt." Es könne keinen anderen Frieden geben, das lerne man nun begreifen, als einen allgemeinen Frieden, keine Wohlfahrt außer der der Gesamtheit. „Doch ein gemeinsamer Friede und gemeinsame Wohlfahrt erfordern eine gemeinsame Auffassung der Geschichte." Wells sagt damit dasselbe, was Graf Hermann Keyserling in einer Besprechung des alter Vorausicht nach epochemachenden Buches sagt: „Ein zerrissenes Europa setzt Europäer voraus" und „Wer Geschichte im Geiste Wells' betreibt, fördert sich und andere". So ist es denn auch kein Zufall, wenn sich Wells auf den großen Königsberger Kant beruft, der schon vor einem Jahrhundert klar gesehen habe, was heute für den Mann auf der Straße bekannte Wahrheit sei.

Ernst Troeltsch hat Parallelen zwischen Spengler und Wells gezogen. Klar trete bei Wells die positivistische, bei Spengler die romantische Tradition hervor. Auch in ihren Zielen sei der Unterschied erkennbar: Wells optimistisch-demokratisch, sozial und technokratisch, Spengler kontemplativ-reaktionistisch, heroisch-pessimistisch. Nur angedeutet sei in diesem Zusammenhange, daß Wells die Anschauungen jener englischen Partei vertritt, die soeben in den englischen Wahlen den größten Sieg davongetragen hat!

Es ist ein besonders glücklicher Gedanke des die deutsche Ausgabe besorgenden Verlags für Sozialwissenschaft (Berlin), das Werk in vierzehn einzelnen Lieferungen in gewissen Zeitabschnitten erscheinen zu lassen, um auch so dem einfachen Manne den Bezug zu ermöglichen. Erscheinen ist vorbei die erste Lieferung, die die Entstehung unserer Welt und zum Teil die Entstehung des Menschen abhandelt. Schon die Ausgabe dieser ersten Lieferung, die vielleicht hier und da buchtechnisch kleine Mängel aufweist, und deren Stil — das liegt in der Natur jeder Übersetzung — hier und da etwas zu wünschen übrig läßt, entspricht den allgemeinen Erwartungen. Mögen diese und die übrigen folgenden Lieferungen, die sich mit der Morgendämmerung der Geschichte, die sich mit den mongolischen Reichen und den neuen Reichen, endlich mit dem Zeitalter der Großmächte beschäftigen werden, die Verbreitung und die Lektüre finden, die ihnen gebührt!

Entpolitisierung des Rechts.

Immer mehr gewinnt in der Außenwelt und bei Parlamenten die Überzeugung Anhänger, daß es nicht im Interesse des Rechts, der Gesetzgebung und des Recht suchenden Volkes liegt, wenn wegen der fortgesetzten Änderungen der Regierungsgewalten die dringend nötige Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung der Rechtspflege Not leide. Auf keinem Gebiete macht sich in der Tat diese Unruhe stärker bemerkbar als gerade auf dem der Justiz. Die großen Reformfragen des bürgerlichen Rechts, des Zivilprozesses, Strafrechts und Strafprozesses, so oft sie begonnen waren, wurden schnell zum alten Eisen geworfen. Jetzt haben sowohl die Reichsregierung, wie der Reichstagsabg. Schiffer und Gen. gleichzeitig interessante Vorlagen eingebracht. Das Zentralorgan des deutschen Juristenstandes, die Deutsche Juristen-Zeitung, veröffentlicht heute drei von ersten Autoritäten stammende Arbeiten. Der frühere Justizminister Dr. Düringer bespricht die Vorschläge Schiffers, die soeben dem Reichstagsausschusse vorgelegt sind, vom Standpunkte des Zivilrechts, Reichsgerichtsrat Feisenberger ihre Bedeutung für die Strafrechtspflege und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin den amtlichen Entwurf des Reichsjustizministeriums zur Beschleunigung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Die beiden ersteren lehnen nicht glatthin die weitgehenden Vorschläge Schiffers ab: ihre Durchführung sei allerdings in vielen Teilen unmöglich, manches aber von überraschender Einfachheit und Bedeutung. Im ganzen stelle sich das Schlagwort zu begrüßen, daß in unserer hemmungsreichen Zeit der Mut vorhanden sei, große Probleme durch großzügige Arbeit zu lösen. Levin beschäftigt sich eingehend auch mit dem schiedsgerichtlichen Verfahren. Er zeigt an der Hand seiner umfassenden Kenntnis als Praktiker und Theoretiker die Verfänglichkeit und sichtet wertvolles Material für einen Neubau unserer gesetzlichen Bestimmungen. Die wertvollen Ausführungen der Juristen-Zeitung sollten im Reichstage die verdiente Beachtung finden.

Volkswirtschaftliches.

Verstärkte Nachfrage nach Devisen.

Am Berliner Devisenmarkt sind keine nennenswerten Änderungen eingetreten. Die Repartierungen beliefen sich gestern wie am Montag bei Kulanz auf 30, bei Neumark, Amsterdam auf je 15 Prozent, bei den übrigen Valuten voll. Die schon gestern erwähnte Zunahme der Nachfrage nach Devisen erstreckte sich insbesondere auf die Hauptvaluten London, Neumark und Amsterdam. Es ist zu betonen, daß diese Zunahme sich in weniger starkem Maße vollzieht als die gegen Ende der vergangenen Woche der Fall war. Aber das gleichzeitige Nachlassen des Angebots ist gestiegen, die Situation am Devisenmarkt etwas zu verschärfen. An den Käufen ist besonders die heimische Industrie beteiligt, wohl deshalb, weil gerade sie in den letzten Zeit stärkere Deviseneinkäufen vorgenommen hat.

Die Mark im Ausland ist plötzlich unverändert und läßt eher eine festere Tendenz erkennen. Der Kurs aus London ist an der Berliner Börse für das englische Pfund um 10,5 Billionen herabgesunken. Von den weitbeteiligten Plätzen, namentlich Zürich, kommt das englische Pfund mit 19,2—19,3. In Amsterdam stellte sich die Mark auf 50,50.

Der Rückgang des französischen Franken am internationalen Markt scheint nach kurzer Pause weiter fort. Augenblicklich stellt sich London gegen Paris auf 87,50—88.

Dollarschatzanweisungen lauten unverändert auf 4,2 Billionen, wobei Anfänge unter 400 Dollar bevorzugt, die übrigen mit etwa 1 Prozent zugeteilt wurden. Goldanleihe 1932 und 1933 stellten sich unverändert auf 4,2 Billionen begehrt.

Berliner Börse vom 8. Januar.

Die Tendenz an der Effektenbörse war heute matt und ohne große Geschäftslust. Nachdem im Vormittagsverkehr unter Führung Kaliwerte sich bemerkbar gemacht hatte, schlug an der Börse die Stimmung sofort um. Unter einer allgemein auftretenden Realisationsneigung wichen die Kurse auf sämtlichen Märkten bis auf wenige Ausnahmen. An dieser Stimmung änderte auch die Geldmarktes nichts, dessen Sätze heute über ½ Prozent nicht hinausgehen und sich im Verlauf tatsächlich sogar bis auf ¼ Prozent und darunter ermäßigten. Die Stimmung des Geldmarktes ist am heutigen Tage als „gesichtlos Gold" zu bezeichnen. Im weiteren Verlauf des amtlichen Handels traten in einer Reihe von Papieren leichte Erholungen ein, die jedoch über 1 Billion Prozent nicht hinausgingen. Später wurden diese kleinen Aufbesserungen durch anhaltende Verkaufsneigung wieder ausgeglichen.

Leipziger Börse vom 8. Januar.

Die Börse wies in ihrem ganzen Verlauf überwiegend schwächere Haltung auf. Der bevorstehende Steuertermin scheint weitere Käufe zur Auflösung von Effekten zu veranlassen, auch die Spekulation scheint heute zu umfangreichen Glattstellungen, namentlich in den Werten, die ihre in den letzten Tagen erzielten Gewinne bis heute behaupten konnten. Andererseits lagen Kaufaufträge in nennenswertem Umfange nicht vor. Die Umsatztätigkeit war unter diesen Umständen nur sehr gering, die Kurse wiesen auf allen Marktgebieten Einbußen auf. Zwar konnten einzelne, anfangs sehr hart notierte Papiere schließlich kleine Teile wieder aufholen, doch blieb die schwächere Tendenz bis zum Schluß überwiegend.

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse vom 8. Januar.

Weizen, inländischer 173—180 bz. u. Br., ruhig; Roggen, inländischer 158—165 bz. u. Br., ruhig; Gerste (Sommergerste), inländische 160—190 bz. u. Br.; Wintergerste 170—190 bz. u. Br., ruhig; Hafer, inländischer 135—143 bz. u. Br., ruhig; Mais, amerikanischer 230—220 bz. u. Br.; Raps 240—260 bz. u. Br.

Die Preise verstehen sich in Goldmark (4,20 Goldmark = 1 Dollar der Goldanleihe) für 1000 Kilo an Bahn, exclusive Sack, exclusive Tarifvergütung Leipzig.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Berliner Produktenbörse vom 8. Januar.

Weizen, märkischer 162—165, pommerscher 160—163; Roggen, märkischer 144 bis 156,50, pommerscher 141—144; Gerste, märkische 165—171, Hafer, märkischer 130 bis 134, pommerscher 130—135; Mais (frei Hamburg) 170—172; Weizenmehl 40 Prozent (O.-Z.) 25,7—29; Roggenmehl 70 Prozent 70 Prozent (G.-Z.) 23,75—27; Weizenkleie 20—21; Roggenkleie 8; Raps (100 Kilo) 35—35,5; Leinsaat (1000 Kilo) 450—470; Pfefferrinsaben 30—40; kleine Speiseerbsen 22—28; Futtererbsen 17—18; Peluschken 14—15; Ackerbohnen 12—14; Wicken 15—16; blaue Lupinen 14—16; gelbe Lupinen 15—17; Seradella 16—18; Rapskuchen 12,70—12,90; leinkuchen 23—24; Trockenschnitzel 8,20—8,40; Zuckerschnitzel 19; Kartoffelflocken 18—18,30.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Richtstroh, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,30—0,50; Haferstroh, drahtgepreßt 0,30—0,70; Gerstenstroh 0,30—0,50; Langstroh 0,40—0,50; Roggen- und Weizenstroh, drahtlos gepreßt 0,40—0,50; Stroh 1,20—1,40; Wiesenheu 1. Sorte 1,60 bis 1,80; Kleeheu 2. Sorte 1,30—1,40, alles per 50 Kilo ab Station.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 1 Mittwoch, den 9. Januar 1924

Zahlung der staatlichen Steuer vom Grundvermögen nebst Gemeindezuschlägen und Kanalgebühr für Januar 1924.

Von Montag, den 14. des Monats an sind in unsere Stadtsteuerkasse an zahlen:

a) die staatliche Steuer vom Grundvermögen,
b) 110% Gemeindezuschläge für bebaute und unbebaute Grundstücke zur Steuer vom Grundvermögen,
c) an Kanalbenutzungsgebühren 5 Goldpfennig für je 1000 Mk. Wert der staatlichen Grundsteuer = 25% Zuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen.

Die Anfordernung an die einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt durch die Stadtverordnetenvorsteherbüro.

Zahlstelle ist der 15. Januar 1924.

Die Schonfrist nach der Landesfinanzverordnung beträgt eine Woche. Für diese Zeit gilt der Goldumrechnungsatz vom 15. Januar 1924. Am 23. Januar 1924 sind die Steuerbeträge nach dem jeweiligen Goldumrechnungsatz des Reiches am Zahltage mit einem Verspätungszuschlag von 5% für jeden angefangenen halben Verzug verspäteter Zahlung zu entrichten. Vor Beginn der Zahlungsfrist werden den Steuerpflichtigen Aufstellungen über die zu zahlenden Beträge zugehen. Gleichzeitige Zahlung derselben Beträge für Februar und März 1924 ist gestattet.

Merseburg, den 8. Januar 1924.
Der Magistrat.
V. 5765.23.

Verwaltungsgebührenordnung.

1) Die von den städtischen Körperschaften am 10./11. Dezember 1923 beschlossene Verwaltungsgebührenordnung ist am 27. Dezember 1923 — J f 10 322 23 — von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Die Ordnung liegt vom 10. bis 23. Januar 1924 im Stadtsekretariat zur Einsicht aus.

Merseburg, den 3. Januar 1924.
Der Magistrat.
V. 5600.23.

Überganz von der Grundschule zu mittleren und höheren Schulen Ostern 1924.

Zu Ostern 1924 können Schulkinder 25 können ausnahmsweise noch einmal begabte Kinder die zu Ostern 1924 schulpflichtig geworden sind, in die unterste Klasse der mittleren oder höheren Schule aufgenommen werden.

Den Eltern der städtischen Kinder wird angeraten, den Lehrern der Mitteilung autonomen zu lassen, ob sie sich für einen Übergang zu einer solchen Schule entschließen wollen.

Merseburg, den 5. Januar 1924.
Der Magistrat.
VI. 1349/23.

Schulbeiträge für Berufsschulen betragen vorläufig je Schüler (in) für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1924 1 Gold-Mark.

Die Beiträge sind bis zum 15. Januar 1924 fällig und bei unserer Kämmereikasse einzuzahlen.

Merseburg, den 8. Januar 1924.
Der Magistrat.
VI. 1333.23.

Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Naßpreßsteine
Je Tausend 13,30 M.
Grube Nr. 90/496 b. Döllnitz.

Nach Eintreffen der ersten diesjähr. groß Transporte stehen am Donnerstag, den 10. Januar 1924
40 Stück hochtrag. Kühe und Fürsen
nur allerbester Qualität bei mir zum Verkauf
Zuchtviehimport L. Nürnberger
Fernsprecher 28.

Federdichte Inletts
Schürzen /*/
Wäsche /*/
Kleiderstoffe
in allen Preislagen
Fritz Voigt, Merseburg, Markt 29 (gegenüber dem Brunnen).
Empfehle ganz besonders preiswert einen groß. Posten reinwollene **Pferdedecken!**

Kleine Anzeigen unter Nachstehend die der Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Stellen-Anzeigen
(Angebote oder Gesuche), Pensionsanerbieten und Gesuche usw. für den Personal-Anzeiger des
Daheim
vermittelt zu Originalpreisen prompt die Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent" (Abtla: Annoncen-Expedition).
Die Anzeigenpreise im Daheim betragen gegenwärtig 60 Pf. für die einspaltige Druckzeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 40 Pf
Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch zusammen.

Erdal
Marke Rotfrosch – Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die Bezugs-Woche, fällig bei Abholung, 60 Goldpfennig frei Haus. Abholerkarte 58 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Gold-Pfennige, bei 6 Seiten 15 Gold-Pfennige, bei 8 Seiten 20 Gold-Pfennige.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperre usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 8.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetr. Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanglos erscheinenden Chronik von Merseburg

Anzeigenpreise. Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfennige; für Behördenanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpfennige Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Vorschrift ohne Verbindlichkeit. —
Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 50 970.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr. 7 — Mittwoch den 9. Januar 1924 — 50. Jahrg.

Neuwahlen und Verfassungsreform.

Verfassungstreue und Überzeugtheit von dem Grundsatz, daß innerpolitische Freiheit die beste Grundlage für nationale Einheit ist — darf nicht zu Buchstabenglauben verführen. Die Weimarer Verfassung ist revisionsbedürftig und entwicklungsfähig. Wer das verneint, wirft der politischen Idee der Weimarer Verfassung stärker entgegen als irgend ein politischer Phantast aus den Lagern des Radikalismus. Wir eröffnen die Diskussion mit einem Aufsatz, der von einem Vergleich mit dem französischen und englischen Wahlsystem ausgeht und die Gefahrenpunkte unseres Wahlsystems bestimmt.

Die Schriftltg.

Ungefähr gleichzeitig werden in diesem Frühjahr in Deutschland und Frankreich Neuwahlen stattfinden; die Amtsdauer der französischen Kammer läuft spätestens im April ab, so daß spätestens im Mai neugewählt werden muß; der deutsche Reichstag würde sein natürliches Ende am 6. Juni finden, es ist aber wohl anzunehmen, daß die Neuwahlen schon im April stattfinden werden.

Auch eine Reihe von Landtagen und anderen Vertretungen wird in diesem Jahre neu gewählt; in Bayern hat man schon eine recht weitgehende Reform beschlossen, die die Landtagsmandate der Zahl nach herabsetzt und auch auf andere Bestimmungen der Landesverfassung (Staatspräsident, Volksentscheid) sich erstreckt.

Nicht nur in Bayern aber hört man Reformwünsche aller Art; auch für den Reichstag wurden die verschiedensten Anregungen laut, die allerdings für die Aprilwahlen noch nicht wirksam werden dürften. Der Reichstag von 1920 hat mit seiner Opposition auf beiden Flügeln und mit seiner immer wieder zur Debatte stehenden Regierungsunfähigkeit oder mindestens schwierigkeit so viele Angriffspunkte geboten, daß nicht nur die unentwegten Parlamentsgegner, die das Kind mit dem Bade verschütten, sondern auch besonnene Schätzer der im Parlamentarismus ruhenden Möglichkeiten darüber nachdachten, wie man gewisse Schäden beseitigen könne.

Im Vordergrund steht die Debatte über das herrschende System der Listenwahl und der großen Wahlkreise, und man hat vielfach nicht mit Unrecht gerade der Listenwahl mit ihrer Ausschaltung des Persönlichen als eine der Hauptursachen der Parteiversteinerung und Entfernung des einzelnen Volksvertreters von der unmittelbaren Berührung mit der Wählerschaft bezeichnet. Deutschland hat mathematisch das gerechteste Wahlsystem der Welt; es gehen auch die kleinsten Minderheiten nicht verloren, und eine gewisse Wirkung, wie sie das englische Wahlsystem mit seinen relativen Mehrheiten enthält, ist bei uns ausgeschlossen. Vielleicht hat aber gerade diese ziffernmäßige Gerechtigkeit dazu geführt, daß sich die Parteien als eigene Parlamente auftaten und daß es so schwer ist, bei unserer Parteizersplitterung feste und regierungsfähige Mehrheiten zu finden. In Frankreich, wo man gleichfalls das Listen- und Verhältnissystem hat, ist diese Gefahr nicht so groß, weil die Parteigruppierung fortwährend schwankt und innerhalb einer Kammersession die Abgeordneten ihre Zugehörigkeit recht stark wechseln können; dennoch ist dort die Parteizersplitterung fast noch ärger als bei uns, und man bekämpft das Listenwahlsystem. Die objektive Ungerechtigkeit des englischen Wahlsystems hat wenigstens das eine gute, daß sie die Parteizersplitterung verhütet und daß die verhältnismäßig geringen Verschiebungen, die sich bei einem fest organisierten Parteisystem zu ergeben pflegen, sehr erheblich in einer parlamentarischen Machtverschiebung auszudrücken pflegen, womit die Gefahr und das Bewußtsein der oppositionellen Verantwortung sehr gesteigert wird. Es fällt natürlich niemandem ein, das überalterte englische Wahlsystem als Muster zu empfehlen; man kann dieses im Verein mit der französischen Kritik an der Listenwahl nur zur Beleuchtung der Tatsache verwenden, daß unsere ziffernmäßige Gerechtigkeit politisch und praktisch ihre Nachteile hat.

Da die Diskussion erst eröffnet ist, kann man vorläufig bei Anregungen bleiben; und nicht nur im Wahlsystem, sondern auch hinsichtlich der Handhabung der Geschäftsordnung beginnt eine Kritik wach zu werden, die den Sinn und die praktische Auswirkung über den Buchstaben stellt. Der Anlaß hierzu war die zweimalige, zweimal vertagte Abstimmung über die beiden Ermächtigungsgesetze; die Verfassung und die Geschäftsordnung verlangen hierfür die Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl, und diese Anwesenheit war in beiden Fällen gegeben, konnte aber durch den Exodus der Opposition in Frage gestellt werden, weil es üblich war, nur diejenigen Abgeordneten als anwesend zu betrachten, die bei der Abstimmung einen Stimmzettel abgaben. Der Präsident Loebe hat nun selbst in die Pressedebatte eingegriffen und die Möglichkeit erörtert, die tatsächliche Anwesenheit auf einem anderen Wege festzustellen; und dies muß möglich sein. Die Verfassung, die eine Vergewaltigung größerer Minderheiten durch Zufallsabstimmungen verhüten will, will damit nicht den Gegnern des Parlamentarismus ein Mittel an die Hand geben, bei heillen Stimmenverhältnissen den Reichstag lahmzulegen.

Weitere offene Unterstützung der Separatisten.

Ludwigshafen, 9. Jan. (WTB.) Die pfälzischen Blätter, die die inzwischen zurückgenommene Bekanntmachung des französischen Bezirksbeseigerten von Zweibrücken, Oberstleutnants Dejoort, vom 4. Januar veröffentlicht hatten, in der er die separatistische Regierung der Pfalz als ungesetzlich ablehnt und nur die deutschen Behörden als zu Recht bestehend anerkennt, sind gestern von der Besatzungsbehörde gezwungen worden, die folgende Berichtigung in Fettdruck an der Spitze des Blattes zu bringen. Nachdem die hohe interalliierte Rheinlandkommission die Verordnung der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet worden war, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Zweibrücker Delegierten vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden.

Die „Pfalzregierung", eine Verletzung des Versailler Diktats.

London, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Offiziösen Informationen zufolge hat die sogenannte Pfalzregierung bei der Rheinlandkommission formelle Anerkennung beantragt. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Kommission scheinen bereits die Anerkennung beabsichtigt zu haben. Die englische Regierung lehnt diesen Schritt als Verletzung des Versailler Instruments ab.

Donnerstag Uebergabe der Antwort an Deutschland?

Geschäftsträger v. Hoesch nach Berlin gerufen. — Die „Studien" des Sachverständigenausschusses.

Berlin, 9. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In unterrichteten Berliner Kreisen nimmt man an, daß die Überreichung der belgischen und französischen Antwort morgen im Laufe des Tages erfolgen wird. Auch der deutsche Geschäftsträger in Paris von Hoesch wird morgen zur Berichterstattung in Berlin erwartet.

Regierungshoffnungen der englischen Arbeiterpartei.

London, 9. Jan. (WTB.) Bei einer Kundgebung der Arbeiterpartei sprach Macdonald eine Ansprache, in der er die Mißverständnisse und die gereizte Stimmung zwischen England und Frankreich tief bedauerte. Ein Einverständnis mit Frankreich, Italien, Rußland, Deutschland, der Tschecho-Slowakei und allen anderen Nationen statt eines Wettbewerbes der militärischen Kräfte würde einen großen Erfolg bedeuten. Die Arbeiterpartei wolle die Regierung übernehmen, um zu versuchen, die unmöglichsten Schwierigkeiten, die jetzt England, Europa und die ganze Welt bedrängen, zu beseitigen. Die erste große Pflicht der Partei sei es, alle Vorbedingungen für den Frieden herzustellen. In allen europäischen Hauptstädten seien Leute an der Arbeit, die glimmenden Funken des letzten Krieges nicht erlöschen zu lassen. Die Arbeiterregierung sei berufen, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu stärken. Sie werde mit allen Mitteln an der Bestrafung des Bruches des Völkerbundes mitarbeiten, damit er das Hauptinstrument zur Sicherung internationaler Gerechtigkeit und zur Schaffung der Bedingungen für internationalen Frieden sei.

Ein weiblicher Minister in England?

London, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Nach „Daily Telegraph" wird Miß Bondfield voraussichtlich Mitglied des Kabinetts Macdonald.

Der Kampf in Mexiko.

Newyork, 9. Jan. Die mexikanischen Rebellen besetzten die Petroleumfelder bei Tarpe Alamo und beschlagnahmten große Mengen Material. Es heißt, die amerikanische Regierung gehe mit dem Gedanken um, zum Schutze der amerikanischen Interessen Kriegsschiffe nach Mexiko zu entsenden.

Paris, 9. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der „Petit Parisien" schreibt: Es scheine aus den verschiedenen Unterhaltungen der amerikanischen Sachverständigen Young und General Dawes mit den Mitgliedern der Reparationskommission hervorzugehen, daß die Arbeiten des ersten Sachverständigen-Ausschusses binnen einem Monat beendet werden könnten. Sie seien damit einverstanden, daß dieser Ausschuß, wenn es notwendig sei, etwa eine Woche lang in Berlin weile. Die amerikanischen Sachverständigen erklären außerdem, der Ausschuß, an dem sie teilnehmen, sei ein geschäftlicher Ausschuß, das scheine zu besagen, sie denken nicht daran, die Fäden des deutschen Haushaltes einfach auszuschneiden, sondern sie wollten die Gesamtheit des „deutschen Reichtums" ins Auge fassen und dadurch die Möglichkeiten für den deutschen Haushalt ableiten.

Die Zeremonie der ersten Unterhaussitzung.

London, 9. Jan. (WTB.) Im Unterhause wurde gestern der bisherige Sprecher Whitley einstimmig wiedergewählt. Am 15. Januar wird der König das Parlament mit einer Thronrede eröffnen.

Coolidge verbietet Waffenlieferungen an die la Huerta.

Washington, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) Präsident Coolidge hat gestern abend eine Bekanntmachung unterzeichnet, wonach private Waffen- und Munitionslieferungen an die mexikanischen Rebellen streng untersagt sind und eventuell der Beschlagnahme anheimfallen. Zuwiderhandelnde verwirken laut der Verordnung zwei Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe in der Höhe von 10 000 Dollar.

Dieser Aufsehen erregende Erlaß der amerikanischen Regierung bedeutet eine glatte Ablage an General de la Huerta, der seinen Vertreter in New Orleans mit dem Einkauf von Waffen beauftragt hatte.

Reuter meldet hierzu aus New Orleans: Nach einer Konferenz mit den amerikanischen Beamten hat der Einkaufsagent der aufständischen Mexikaner mitgeteilt, daß die Pläne betreffend den Einkauf von Munition in den Vereinigten Staaten aufgegeben worden seien.

Eisnot im Norden.

Stockholm, 9. Jan. (WTB.) Infolge des strengen Winters droht die Absperrung der nördlich Stockholm gelegenen Häfen an der Ostsee durch Packeis. In den südschwedischen Häfen ist die Lage vorläufig noch etwas günstiger, obwohl die Eishindernisse bereits sehr beträchtlich sind. Ähnlich liegt es in den dänischen Häfen.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Ein Verstoß gegen den — Versailler Vertrag.

Das offiziöse Blatt Baldwins, der „Daily Telegraph", hat eine Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle gemeldet; diese soll am 10. Januar schon beginnen, und den Bedenken der deutschen Regierung soll dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kontrolle von der Kommission in Zivilkleidung verschen werde. Nun hat die deutsche Regierung mehrmals versichert, daß ihr die Mittel fehlen, um die kontrollierenden Organe zu schützen; die zahlreichen Zwischenfälle, die sich schon früher ergeben haben, würden wohl kaum deshalb vermieden, weil wir nun Herrn Rollet und seinen Stab im Cutaway herumgehen dürfen. Ohne Zweifel ist diese Verfügung der Botschafterkonferenz als Erleichterung der Sache gedacht, und so faßt es auch das genannte englische Blatt auf; es liegt ja in der Tat ein gewisser Unterschied darin, ob die Militärmission wie in einem eroberten Land in Uniform herumspaziert, oder ob sie sich in diplomatisches Zivil kleidet. Aber

diese Prestigefrage trifft den Kern der Frage nicht;

der ist nämlich in der rechtlichen Begründung der Kontrolle selbst zu suchen. Es muß außerpolitische Gründe anderer Art geben, die uns im Augenblick vor Konflikten in Nebendingen warnen; aber es ist nötig, zur Frage der Militärkontrolle ein klares Wort zu sprechen. Sie ist nämlich im Versailler Vertrag ziemlich genau festgelegt; und sie betrifft einzig und allein die Abrüstung des alten deutschen Heeres, der einstigen Kriegsmarine und der zu beiden gehörigen technischen Vorräte und Anlagen. Da Deutschlands neues Heer und dessen technische Mittel durch den Versailler Vertrag festgelegt sind, so besteht natürlich eine Bindung an diese Bestimmungen; aber keine Möglichkeit einer fortgesetzten Kontrolle; denn diese ist im Artikel 203 des Versailler Vertrages nur auf die Abrüstung des alten Heeres bezogen, auf die Bestimmungen also, die zeitlich befristet sind. Da nur die Abrüstung des alten Heeres befristet ist, während die Bestimmungen über das neue Heer so lange gelten, wie der Vertrag selbst, so gibt es eine dauernde Kontrolle durch Ausschüsse nur für die Abrüstung des alten Heeres; die Nichterfüllung der anderen militärischen Bestimmungen wird durch den Vertrag in den Artikeln 168 bis 179 unter andere Garantien gestellt, z. B. unter die Garantie einer Verlängerung der Besatzungsfristen oder einer Wiederaufnahme der Besetzung. Die Abrüstung des alten Heeres ist vollzogen; England hat es mehrmals geradezu feierlich festgestellt. Für die Überwachungsausschüsse besteht somit auf Grund des Versailler Vertrages kein Tätigkeitsfeld mehr. Wenn Frankreich das Bedürfnis fühlt, die unbefristeten militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nachzuprüfen und sich von deren dauernder Erfüllung zu überzeugen, dann muß ein neues Weg vereinbart werden; der Versailler Vertrag ermächtigt auch Kommissionen in Zivilkleidung nicht.

Deutsche Schicksalsfragen.

Eine Unterredung mit Marx.

Braunschweig, 9. Jan. (WTB.) In einer Unterredung zwischen dem Chefredakteur der „Braunschw. Landeszeitung" und dem Reichskanzler Marx bezeichnete dieser als die mit

wesentlichste Aufgabe der Reichsregierung die Sorge um Rhein und Ruhr

und die Sorge um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Rhein-, Ruhr- und Reparationsfrage seien nach Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens die Wirtschaftsprobleme des deutschen Volkes, gegenüber denen alle anderen Fragen in den Hintergrund träten. Die Ausgestaltung der Weimarer Verfassung und die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei eine weitere Aufgabe der Regierung, wobei als dringlichste Frage eine Neuregelung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Ländern in Frage komme. Der Reichsfinanzminister habe bereits mit den Ländern Fühlung genommen. Eine Prüfung der weiteren innerbeutschen staatspolitischen Problème werde erforderlichenfalls nachher folgen können, jetzt bei der Aufrechterhaltung der Einheit der Nation als unser höchstes Gut nicht vergessen werden dürfe.

Dollar unverändert.

Rentenmark und Budgetklarheit.

Berlin, 9. Jan. (Priv.-Telegr.) In einem Vortrag in der Berliner Handelskammer über die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenmark wies Geheimrat Hilger, Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenmark und Vorsitzender des Reichslandbundes, gestern abend der „D. A. Z." zufolge darauf hin, daß der Staat zur Stabilhaltung der Rentenmark unter allen Umständen das Budget ausbalancieren müsse. Hilger glaubt, daß der Reichsfinanzminister in seinen dahingehenden Bemühungen Erfolg haben werde. Die Wirtschaft müsse die Bestrebungen der Rentenbank unterstützen durch rücksichtslosen Preisabbau und ebenso die arbeitende Bevölkerung durch Abbau der Arbeitslosigkeit, eine vernünftige Lohnpolitik und eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit.

Außenpolitische Umschau.

Das englische Parlament konstituiert. — Die Sachverständigenausschüsse.

Das neue englische Unterhaus hat am 8. Januar — bis zu diesem Tage galt das aufgelöste Unterhaus nach englischer Sitte als vertagt — seine erste formale Sitzung abgehalten. Die eigentliche politische Eröffnung findet am nächsten Dienstag, den 15. Januar, mit der üblichen Thronrede statt; in der Debatte, die über die Thronrede eröffnet werden muß, wollen dann die Liberalen und die Arbeiterpartei das Kabinett Baldwin niederstimmen. Dann müßte Macdonald als Führer der größeren Oppositionspartei vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt werden, und man erwartet, daß diese die zweite Hälfte des Januar in Anspruch nehmen wird, wobei Überraschungen noch immer nicht ausgeschlossen sind, weil der Widerstand gegen ein Arbeiterkabinett bei der Krone und in Finanzkreisen ziemlich stark sein soll.

In Paris sind inzwischen die amerikanischen Sachverständigen für die Ausschüsse der Reparationskommission eingetroffen. Die Beratungen der Ausschüsse beginnen in den nächsten Tagen, und der eine amerikanische Sachverständige [illegible] von der Lage Deutschland[illegible] uns also ein ähnlicher [illegible] komitees und der Reparati[illegible]

Die Kor[illegible]

In den nächsten Tage[illegible] Auf dem Programm steht [illegible] unmittelbar in Verbindung [illegible] zur Kleinen Entente und [illegible] zur Sprache kommen. [illegible] auch die neue englische M[illegible] und Italien vorgenommen [illegible] in der Debatte über die [illegible] und Südslawien mit [illegible] Schritt bei den von Fran[illegible] der Englands Antwort a[illegible] lung im italienisch-südslaw[illegible] tischen Konflikt ist gleichfa[illegible] näherung Griechenlands [illegible]

In Griechenland ist [illegible] eine plötzliche Erkrankung [illegible] heimgekehrt ist, gibt Anlaß [illegible] mann zu vermuten, das [illegible] triebenen Königshauses [illegible] „Ambrosiano" aus A[illegible] Nationalversammlung von [illegible] unsicheren Schlußwirkungen [illegible] brosiano" fügt dieser Meld[illegible] los einen natürlichen Unf[illegible] daß seine Erkrankung die [illegible] begreiflicherweise geheimzu[illegible]

In London will m[illegible] griechischen Staatsmann [illegible] gistum, Benzelos habe [illegible] sammlung existiren. Neben [illegible] versitätsprofessoren eine geh[illegible] bei in London vorhergehen Nachtreden haben sie dem griechischen Staatsmann beraten, seine aufreibende Tätigkeit in Griechenland auf das reichste zu einem Ende zu führen. Benzelos soll sich bereits veranlaßt gesehen haben, seine Partei aufzufordern, einen neuen Führer zu wählen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240109-16/fragment/page=0007